

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Vertretung: 17 Amt Dönhofs 203 bis 207
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des reaktionären Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auf dem Rücken der Arbeiter!

Die Industrie offeriert den Agrariern neuen Lohndruck

Konflikt?

Hintergründe des Landbündkrachs

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ redet den wild gewordenen Agrariern zu, daß sie die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht in die Brüche gehen lassen sollen. Diese Solidarität zwischen Unternehmern und Agrariern soll neu befestigt werden — auf Kosten der Arbeiter! Die „D.A.Z.“ schreibt:

„Es werden nicht nur viele Industrieerzeugnisse unter Kartell- oder Listenpreis verkauft, sondern es geht auch ein großer Teil des Industrieertrags auf dem Wege über Steuern und Subventionen, auch auf dem Wege über die aus eigener Initiative der Industrie fortgeführte Industriebelastung, in die Landwirtschaft hinein. Trotzdem wird das industrielle Kosten- und Preisproblem noch erneut zu überprüfen sein

und sich vielleicht die Notwendigkeit ergeben, bei gleichzeitiger Erzeugung der Gesamtlohnsummen den Stundenlohn noch einmal zu verbilligen.

Die Agrarier schreien, die Unternehmer schreien zurück, dann vertragen sich beide wieder, und die Kosten sollen die Arbeiter tragen!

Das Geschrei der Agrarier klingt, als wollten sie einen regelrechten Aufruhr machen. Die Arbeiterschaft pflegt nicht in solcher Weise zu schreien. Sollten Agrarier und Unternehmer, an lautes leeres Geschrei gewöhnt, bei ihren laubenen Blüten auf dem Rücken der Arbeiter das Grollen in der Tiefe nicht gewahr werden?

bisher etwa 450 000 bis 480 000 Tonnen jährlich betragende Margarineerzeugung auf 240 000 Tonnen herabzusetzen. Wünschenswert erscheint allerdings die Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Margarineproduktion, weil sonst auch andere inländische Fette wie Schmalz und Speck nicht mehr von dem Konsum aufgenommen werden könnten und dadurch die Lage der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtert würde.

Was die Zölle anbetrifft, so wird daran erinnert, daß der Reichsanwalt sich darüber bereits mit voller Klarheit ausgesprochen hat. Die Beschlüsse der Ottawaer Konferenz sind für zahlreiche europäische Länder von verhängnisvoller Wirkung gewesen. Deutschland ist bei einer großen Anzahl der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber den anderen Ländern an relativ niedrige Zölle gebunden. Deutschland hat kaum noch die Möglichkeit, Getreide auszuführen. Während in früheren Jahren bis zu zwei Millionen Tonnen ausgeführt wurden, waren es im letzten Jahre kaum 300 000 Tonnen. Man ist aber infolge der durch die autonomen Zölle verhältnismäßig günstigen Getreidepreise aus der Viehwirtschaft vielfach zur Getreidewirtschaft übergegangen. Deutsch-

land hatte von 1931 zu 1932 eine Erhöhung der Anbaufläche um 16 Proz.

Die Schlachtviehpreise sind auf den Stand von 1869 zurückgegangen, die Preise für Häute und Felle sogar auf den Stand des Jahres 1800. Die Viehwirtschaft ist dadurch gezwungen worden, sich in großem Maße auf Marschen und Weiden umzustellen. Diese Zusammenhänge zwischen Viehwirtschaft und Getreidewirtschaft sind für das ganze Zollsystem von größter Bedeutung.

Eine Verordnung über die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes soll noch in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Der Vollstreckungsschutz ist bereits seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Erwägungen der Reichsregierung, die dabei aber nicht nur die Interessen des Schuldners, sondern auch die des Gläubigers zu berücksichtigen hat. Zugegeben wird, daß insbesondere die Viehwirte in Schleswig-Holstein ganz unverschuldet in ungeheure Not geraten sind, und daß man versuchen muß, sie zu schützen. Unter allen Umständen soll aber verhindert werden, daß im Falle des Ausbleibens der Zwangsversteigerung eine Devaluierung eines Gutes stattfindet. Ein gewisser Vollstreckungsschutz soll auch für Mobilien eingeführt bzw. verlängert werden. (Siehe auch Wirtschaftsteil.)

Bennecks Immunität aufgehoben

Beschluß des sächsischen Landtags — Die Schande der Kommunisten

Eigener Bericht des „Vormwärts“

Dresden, 12. Januar.

Der Sächsische Landtag hob am Donnerstag die Immunität des Naziabgeordneten Bennecke wegen Begünstigung des Mordes an dem SA-Manne Deutsch auf. Die Kommunisten enthielten sich, wie im Rechtsausschuß des Landtags, auch diesmal der Stimme.

*

Vor der Abstimmung benutzte der kommunistische Redner die Gelegenheit wiederum zu einer maßlosen Hege gegen die Sozialdemokratie.

Der nationalsozialistische Redner erklärte, ihm scheine, die Kommunisten hätten kein Interesse an der Aufklärung der Mordangelegenheit. Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel hielt den Kommunisten vor, daß die Staatsanwaltschaft die beste Ausrede haben würde, wenn sie sich darauf berufen könnte, daß die Mörder und ihre Begünstiger unter dem Schutz des sächsischen Parlaments händen. Es handele sich bei dem Verhalten der KPD um ein Kapitel proletarischer Schande, das die sächsische Sozialdemokratie der Arbeiterschaft unterbreiten werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge beraten, die sich mit dem Fall Deutsch und dem Verhalten der Behörden beschäftigen.

Der Minister des Innern, Richter, versuchte die beteiligten Beamten in Schutz zu nehmen. Er gab allerdings zu, daß einzelne Maßnahmen der an der Untersuchung beteiligten Kriminalbeamten sich als falsch erwiesen hätten.

Nach Schluß der Verhandlungen über den Mord an dem SA-Mann Hensch wurde in zum Teil abgeänderter Form ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine energische Verfolgung der Mörder fordert und verlangt, daß auch die in-

tellectuellen Urheber ohne jede Rücksicht zur Verantwortung zu ziehen seien.

Abgelehnt aber wurden von der bürgerlich-nationalsozialistischen Mehrheit sozialdemokratische und kommunistische Anträge, in denen gefordert wird, daß gegen die Beamten vorgegangen wird, die durch ihre Haltung die Mörder begünstigt haben.

Urteil gegen Hummel

Zwei Jahre sechs Monate Gefängnis

Freiburg, 12. Januar.

Gegen 10 Uhr abends verkündete der Vorsitzende im Hummel-Prozess folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen zwei Verbrechen des Betruges im Rückfall im rechtlichen Zusammenstoß mit einem Verbrechen der Urkundenfälschung und einem Verbrechen nach § 272 (Vergehen wegen falscher Namensannahme) zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 2 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Gleichzeitig werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. (Bericht im lokalen Teil.)

Die Japan-Interpellation

Die Sozialdemokratie fordert Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick, aufgefordert, auf die Tagesordnung der zu Freitag, den 20. Januar, anberaumten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Beratung des japanisch-chinesischen Konflikts zu setzen.

Das Agrarprogramm

Autonome Zölle — Margarineverordnung — Vollstreckungsschutz

Von zuständiger Stelle wird heute noch einmal ein allgemeiner Überblick über die Haltung und die Absichten der Reichsregierung gegenüber den aktuellen Forderungen der Landwirtschaft gegeben. Von besonderem Interesse ist die Mitteilung, daß die Reichsregierung

von der autonomen Berechtigung für Zölle unter allen Umständen Gebrauch machen will in dem Maße, in dem es den Notwendigkeiten der Landwirtschaft entspricht.

Welche Bindungen vorgenommen werden sollen, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Die Reichsregierung geht von dem Standpunkte aus, daß die Interessen innerhalb der Landwirtschaft keineswegs überall die gleichen sind, daß vielmehr — genau wie in der Industrie — sich ganz ausgeprägte Gegensätze finden.

Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, auf die Inanspruchnahme der Ermächtigung für den Butterbeimischungs-zwang für Margarine zu verzichten.

Von der Margarineverordnung erwartet die Regierung keineswegs eine vollkommene Hilfe für die Landwirtschaft. Die Grenzen, die der Reichsregierung in dieser Beziehung gezogen sind, sind sehr eng. Wenn man der Margarine zu viel Butter beimischen sollte, würde man Gefahr laufen, daß die Verbraucher aus der Butter in die Margarine übergehen und daß infolgedessen noch weniger Butter verbraucht wird als bisher.

Vor allen Dingen dürfe nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung gar nicht imstande ist, Butter zu kaufen, und daß ein anderer großer Teil der Bevölkerung von der teuren Margarine zu der billigen Margarine übergegangen ist.

Wichtig ist auch die Frage der Kontingentierung der Erzeugung. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die

Mit riesigem Getöse ist es im Lager der Schleicher-Regierung zu einem Krach gekommen. Der Reichslandbund, deutschnational und nationalsozialistisch geführt, hat schwerste Angriffe gegen die Schleicher-Regierung, noch schärfere gegen die Industrie vom Stapel gelassen. Weil das in illoyaler Weise geschah, während zweier Verhandlungen zwischen Landbündführer einerseits und dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung andererseits, hat die Reichsregierung im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten die Beziehungen zu den Landbündführern abgebrochen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat mit einem massiven Gegenangriff geantwortet und dem Landbund erklärt, er heiße auf Granit mit keiner Hoffnung, die Industriegespalten zu können. Wenn der Landbund so massiv wird, dann will er etwas ganz Besonderes. Wenn die Industrie so massiv wird, dann hat sie besonders viel zu verteidigen. Daß die Reichsregierung die Beziehungen zu den Landbündführern abgebrochen hat, tritt hinter der Bedeutung der jutage getretenen Explosion zwischen Industrie und Landwirtschaft zurück.

Die Explosion zwischen Industrie und Landwirtschaft ist für Eingeweihte keine Ueberraschung. Die Auseinandersetzung zwischen Industrie und Landwirtschaft, für die auch ungewöhnliche Formen vorauszu-sehen waren, mußte kommen. Sie hat ihre Schatten schon längst vorausgeworfen. Zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und dem Reichsernährungsminister von Braun bestanden trotz des Einigungsstufens bei der Bildung des Schleicher-Kabinetts die schärfsten Gegensätze fort. Der um die Kontingentspolitik ausgebrochene Kriegszustand zwischen Industrie und Landwirtschaft war nicht beigelegt; er brannte unterirdisch weiter. Der Beweis dafür war die Kündigung der Handelsverträge mit Holland, Schweden und Jugoslawien. Die Margarineverordnung führte zum Margarinekrieg, und dieser Margarinekrieg fand die volle Sympathie der Industrie, weil diese wollte, daß hinter der Butterbeimischung und den Fettmonopolplänen die Generalsoffensive des Landbundes auf die Handelsverträge und damit auf den Industrieexport wartete. Der Landbund widerlegte sich den neuen Handelsverträgen, denn er wollte lückenlos autonome Zölle auf der ganzen Linie. Die Industrie wollte neue Handelsverträge, denn sie lebt und stirbt mit dem Export. Dieser bisher latente Krieg zwischen Industrie und Landwirtschaft ist jetzt plötz-lich mit unheimlicher Wucht akut und offenbar geworden. Das ist der Sinn des wilden Notenwechsels zwischen Unternehmern und Agrariern, der zugleich die volle Kriegserklärung bedeutet. Die Reichsregierung ist in den Kampf einbezogen, weil der Landbund sie in den Kampf hineingestoßen hat und hineinstoßen wollte.

Die Großagrarien sind in diesem Kampf bisher im Vorteil. Sie haben sich gesagt, daß der Angriff die beste Verteidigung ist. Sie haben sich auch den jenen frühen Zeitpunkt gewählt, weil der entscheidende Anwalt der Industrie und der schärfste Gegner der Agrarier, Bösse vom Reichswirtschaftsministerium, zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf ist; Warmbold ist ja ein Professor, mit dem hofft man schon fertig zu werden. Der Angriff aus der Verteidigung war ein Ausfluß der Verzweiflung. Aber diese Taktik der Agrarier ist klug. Angesichts des scharfen Gegenjages zwischen Warmbold und Braun und angesichts

Paul Boncour in Nöten

Wachsender Widerstand gegen Chérons Finanzpläne

Eigener Bericht des „Vormärts“

Paris, 12. Januar.

Die parlamentarische Lage für die Regierung Paul Boncour verschlechtert sich von Tag zu Tag in dem Maße, in dem Einzelheiten über die Finanzpläne Chérons durchsickern.

Die Beamtenverbände haben die Regierung bisher vergeblich zum Verzicht auf Gehaltsföhrungen zu bewegen versucht. Die sozialistische Kammerfraktion ist mit den Gewerkschaften solidarisch. Sie wird gegen die Kürzung der Beamtenehälter und gegen die Erhöhung der indirekten Steuern, die eine Verteuerung des Lebensunterhalts zur Folge haben müssen, stimmen. Die Fraktion Marin wird die Finanzpläne der Regierung wegen der Erhöhung zahlreicher Steuern gleichfalls ablehnen. Nicht einmal der geschlossenen Unterstützung der Radikalen ist die Regierung sicher. Auch einige radikale Minister, wie Bonnet und Chaumemps, sind gegen die Finanzpläne Chérons.

In der Kammer hielt der wiedergewählte Kammerpräsident Buisson zu Beginn der Donnerstagstung seine Antrittsrede. Dann beschloß das Haus auf den Antrag des Aestestenaussschusses, am Freitagnachmittag die Debatte über die

Amnestievorlage und am nächsten Freitag die Interpellationsdebatte über den Brand der „Atlantique“ zu beginnen.

Im Senat ist am Donnerstag der bisherige Präsident Jeanneney, der der radikalen Partei angehört, mit 234 von 240 Stimmen wiedergewählt worden.

Kampfstimmung in Belgien 24 stündiger Proteststreik

Brüssel, 12. Januar.

Die Protestbewegung der belgischen Arbeiterschaft gegen die Steuerpläne der Regierung nimmt mit jedem Tag größeren Umfang und schärfere Formen an.

Am Donnerstag traten mit wenigen Ausnahmen die Belegschaften des großen zentralen Industriegebiets des Hennegaus in einen

24stündigen Proteststreik.

Es wurde eine musterhafte Ruhe und Disziplin bewahrt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es noch zu größeren Schwierigkeiten kommt, da zahlreiche Eisenindustrielle und Sechensbesitzer damit gedroht haben, die Betriebe vor Montag nicht

wieder zu öffnen. In Borinage, wo es bereits zu vereinzelten Streiks im Kohlenbergbau gekommen ist, scheint sich die Bewegung auszuweiten. In Charleroi herrscht insbesondere unter den Bergarbeitern eine erregte Stimmung. Außerdem fanden am Donnerstag in einer ganzen Reihe von anderen Industriegebieten und Großstädten große Straßendemonstrationen statt, so namentlich in Brüssel. Nach einem gewaltigen Umzug durch die Hauptstadt fand eine Riesenversammlung statt, in der hunderttausende Schar mit der katholisch-liberalen Regierung abrechnete.

Die Protestbewegung scheint nicht nur auf die öffentliche Meinung, sondern auch auf die Regierung selbst einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Obwohl die Minister immer wieder betonen, daß sie sich durch die angeblich revolutionären Drohungen der Arbeiterpartei nicht einschüchtern lassen würden, scheint die Regierung jetzt geneigt zu sein, den Forderungen der Sozialisten gewisse Zugeständnisse zu machen, insbesondere in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung und die Befreiung der niedrigen Arbeitseinkommen von der neuen Erwerbssteuer. Der Kampf geht indessen sehr energisch weiter.

Der Nazitrach in Franken

Der Osaf degradiert den Reichstagsabgeordneten Stegmann

Eigener Bericht des „Vormärts“

München, 12. Januar.

Der Nazimierwarr in Nürnberg hat einstweilen außer der Abhebung des SA-Gruppenführers von Franken und einiger Unterführer der Untergruppe Mittelfranken damit geendet, daß insgesamt 162 SA-Leute, darunter acht Sturmführer, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

An den abgelehnten Gruppenführer Stegmann hat der Ober-Osaf Hitler folgendes Telegramm gerichtet: „Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerer Weise gegen die Parteinteressen vergangen haben, bestimme ich nicht nur die vom Stabschef Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienststrang ab.“

Die Reichsleitung der Hitlererei ist durch die Rebellion der SA von ganz Nordbayern mit Einschluß ihrer Führer in so großer Verlegenheit, daß sie sich nach außen in vollkommenes Schweigen hüllt. Selbst dem „Völkischen Beobachter“ wurde nicht gestattet, eine schönfärbende Darstellung zu veröffentlichen, damit die mißtrauisch gewordene braune Soldateska kein Wort über den Aufruhr in Franken erfährt.

In Wirklichkeit stehen vier Fünftel der SA der Gruppe Franken, in der die Untergruppen Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken zusammengeschlossen sind, in offener Meuterei gegen den politischen Führer der Nazibewegung Nordbayerns, den Landtags- und Reichstagsabgeordneten Streicher. Nur seine unmittelbar von ihm ausgehaltene Leibgarde, zwei Stürme in Nürnberg, sind linientreu geblieben und halten das Braune Haus der Hitlererei in Nürnberg besetzt. Das Übergewicht über die revoltierenden Kameraden, die unter Leitung des SA-Gruppenführers, Reichstagsabgeordneten Stegmann, sich des Gebäudes bemächtigen wollten, gelang der Streicher-Garde nur mit Hilfe der Polizei, die auf Bitten des Hauseigentümers Streicher am Mittwoch und Donnerstag wiederholt eingegriffen hat.

Wo der Oberosaf verkehrt

Den Dienstagabend dieser Woche hat der Führer nicht in der Oper oder in einem Varieté überbracht. Er wurde vielmehr selbst zur Schau gestellt in dem Hause des Igl. italienischen Reservemajors Renzetti, der hier als „Vor-sitzer der italienischen Handelskammer“ besonderr die hiesigen Geschäfte des echten italienischen Original-Faschismus betreibt. Nach dem Berrat

der ordentlichen Befehgebung entschieden werden müssen, und nicht durch Rotberordnungen Wir verlangen deshalb die sofortige Einberufung des Reichstags und die Rechtfertigung der Reichsregierung vor dem Reichstag!

Krieg mit Erklärungen

Der Reichslandbund erklärt:

„Wenn jetzt die Reichsregierung die Last der Verantwortlichkeit der Entscheidung des Bundesvorstandes glaubt dazu benutzen zu sollen, die Beziehungen zum Reichslandbund abzubrechen, so erscheint das lediglich als ein Versuch, sich der

Deutsch-Südtirols durch die Hitlererei wäre ja dieser Besuch nicht weiter auffällig. Nun ist aber die Dame des Hauses eine Gleiwitzer Jüdin, die Renzetti geheiratet hat, als er seinerzeit bei der italienischen Abstimmungscommission in Oberschlesien war. Mit einem Strauß roter Rosen (da es schwarzweißrote noch nicht gibt) begrüßte der Oberosaf die jüdische Hausfrau. Ob das gewiß sehr feine Essen köstlich war, wissen wir nicht. Aus dem „Angriff“ aber erfahren wir, daß auch noch eine ganze Anzahl prominenter Nazis mit dem Osaf dort waren. Von den jüdischen Festteilnehmern berichtet das Goebbels-Blatt nichts. Jedenfalls trugen sie ebenso wenig den gelben Fleck, wie die Ober-Os. das braune Hemd. Heut-Hitler!

Kein Platz für freie Männer!

Naziführer in Lippe-Deimold verläßt die Hitler-Partei

Eigener Bericht des „Vormärts“

Deimold, 12. Januar.

Der Gründer der Nazibewegung im Freistaat Lippe, Dr. Fuhrmann, hat den Bauvorrich im nationalsozialistischen Arbeiterverband niedergelegt und ist aus der Hitlerpartei ausgestiegen.

Fuhrmann begründet seinen Austritt in einem Brief, in dem er sagt, er könne nicht länger einer

Reaktion und Polizei

Ministerialdirektor Klausener ins Reichsverkehrsministerium versetzt

Die kommissarische Verwaltung in Preußen nimmt einen neuen wichtigen Personalwechsel vor. Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium war bisher Ministerialdirektor Dr. Klausener. Die kommissarische Verwaltung entfernt Herrn Klausener von diesem Posten, Herr Klausener wird künftig als Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium verwendet werden.

Die Leitung der Polizeiabteilung wird vorläufig Herrn Bödes übertragen bis der Nachfolger ernannt sein wird. Der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Bod hat seit

Verantwortung, die die Reichsregierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Berufsstande hat zu entziehen, um im Dunkel der Regierungstonskaven ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen. Ihr Anspruch auf Vertrauen zu dieser Politik hinter verschlossenen Türen aber ließe sich nur rechtfertigen, wenn sie Tatsachen aufweisen könnte, die eine erfolgreiche Abkehr von der bisherigen verhängnisvollen Wirtschaftspolitik bringen. Daß diese bisher völlig fehlen, ist der Grund der Verweigerung der Zustimmung im Lande. Der Abbruch der Beziehungen zum Reichslandbund ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung den Ruf des Landvolkes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennet.“

Partei angehören, die ihre Grundfläche verleugne und das Zentrum sei einer nationalen Partei erkläre; zweitens sei weder der mit Hitler getriebene Byzantinismus noch der Röhm-Standard zu ertragen und außer Röhm gebe es noch ganz andere Fälle im Braunen Haus; drittens treibe die Nazipartei einen Hijackkurs wie der Wilhelmus II.; außerdem sei aber die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sklavenseelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stunt, Intrigen, Verleumdungen, gegenseitiger Bespöthelung und Sieger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen, sondern nur die Charakterlosen, die Gerillenen und die besten Speichellecker! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und ehrlichen Mann kein Platz mehr in der Nazipartei und deshalb bedanke er sich, ihr länger anzugehören.

Nazibetrug an Arbeitslosen

München, 12. Januar.

Der Nazigauleiter für die Oberpfalz, Volksschullehrer und ehemaliger Reichstagsabgeordneter Reyerhöfer in Regensburg, wurde am Mittwoch vom hiesigen Amtsgericht unter ausdrücklicher Abweisung einer Bewährungsfrist wegen Betruges zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der lüthliche Erneuerer, der zu den prominenten „aufbaumülligen Kräften“ des bayerischen Nazilagers gehört, hatte einen vollbeschäftigten Angestellten seines Gaubüros veranlaßt, sich arbeitslos zu melden und dann die von dem Angestellten bezogene Erwerbslosenunterstützung auf dessen Gehalt verrechnete. Zur materiellen Pleite der Regensburger Hafenkreuzbewegung hat sich nun die moralische ihres Führers gesellt wodurch die letzten Chancen fürs Dritte Reich in der Oberpfalz verpielt sind.

langem, wie bekannt ist, auf diesen Posten spekuliert. Man nennt ihn als den Nachfolger Klauseners, doch besteht die Möglichkeit, daß an seiner Stelle ein aktiver Militär ernannt wird.

Das würde ein weiterer Schritt auf dem Wege der völligen Ausschaltung der preußischen Landesverwaltung sein. Das Reich behandelt den Freistaat Preußen wie ein eroberetes Land!

Staatsmittel für Zeitungen. In der von uns zitierten Denkschrift der Oberrechnungskammer ist auch davon die Rede, daß die „Rialer Zeitung“ staatliche Zuwendungen erhalten habe. Der Verlag dieser Zeitung, die im Juni 1930 ihren Besitzer gewechselt hat, bittet uns nun mitzutheilen, daß er seit dem Besitzwechsel keine Zuwendungen aus Staatsmitteln erhalten habe und daß aus den Kassenbüchern auch für die Zeit vorher kein Eingang solcher Gelder festzustellen sei.

Die Reichsregierung läßt erklären:

„Wie wir erfahren, besteht auf Seiten der Reichsregierung keine Veranlassung, nach dieser Erklärung des Reichslandbundes den gefragten Mitteilungen sachlich noch etwas hinzuzufügen. Der Vorstand des Landbundes geht bei seiner Erklärung von der völlig unzutreffenden Voraussetzung aus, daß er mit der deutschen Landwirtschaft identisch sei. Die Reichsregierung wird ihre Arbeit für die deutsche Landwirtschaft, unbeeinträchtigt durch die Anwürfe des Reichslandbundes, im Zusammenwirken in erster Linie mit der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft fortsetzen.“

der Tatsache, daß mit der Entscheidung über die Handelspolitik auch die Entscheidung über den Reichsernährungsminister fällt, hätte der Agrarierangriff sogar bestellte Arbeit sein können, die nur in der Form heillos mißglückt wäre.

Die Lage des Reichslandbundes und seiner Führer war nämlich in hohem Maße gefährlich geworden. Seine Politik ist restlos bankrott. Das Hochtreiben der Brotgetreidepreise war schließlich nur noch durch eine, die Veredelungswirtschaft totschlagende Futtermittelverwertung fortzusetzen gewesen. Nur weil die Kosten der bäuerlichen Stallproduktion durch die Getreidepolitik so unsinnig erhöht wurden, während gleichzeitig das Inland durch die Krise immer launfähiger wurde, kam es nach der Ausschöpfung und den unsinnigsten Zollmöglichkeiten zur Butterbeimischung und zu den neuen Fettplänen, mit denen man den Bauern die Möglichkeit höherer Preise vorzutauschen hoffte. Da aber der Margarinekrieg schließlich vor aller Welt die Unmöglichkeit darat, die hohen Futtermittelkosten in der Form der Fettverwertung auf die Verbraucher abzuwälzen, waren die Agrarier am Ende ihres Lateins. Der Augenblick stand unmittelbar bevor, in dem auch den Bauern klar werden mußte, was der kritischen Öffentlichkeit und auch den Landbundsführern schon geraume Zeit zum Bewußtsein gekommen war, daß nämlich die Bauern betrogen und die Herren vom Reichslandbund und der Grünen Front bankrott waren. In dieser Situation blieb dem Reichslandbund, dessen nationalsozialistische und deutsch-nationale Synchizi um Stellung und Brot kämpfen, nichts anderes mehr übrig als die Provokation des Endkampfes um die Handelspolitik, der mit dem Zollkrieg Deutschlands gegen alle enden muß, wenn die Agrarier siegen.

Es erweist sich schon jetzt als eine Kurzsichtigkeit, wenn man den Abbruch der Beziehungen zwischen Reichsregierung und Reichslandbund als ernsthaften Konflikt deutet. Vor der Szene scheint die Reichsregierung hart zu sein, hinter der Szene hat die Reichsregierung schon den größten Teil der Forderungen des Reichslandbundes im Prinzip bewilligt. In dem Augenblick, wo der Kampf zwischen Industrie und Landwirtschaft auf der Szene anzuhängen scheint, ist er durch Zugeständnisse des gleichen Kabinetts schon weitgehend zugunsten der Agrarier entschieden worden.

Der Reichsernährungsminister von Braun hatte es leicht, überlegen und sogar mit Humor mitten im tobenden Kampf über die Lage der Landwirtschaft und über die Handelsvertragspolitik zu philosophieren. Besteller oder nichtbestellter Landbundangriff — der Reichsernährungsminister von Braun, der Vertrauensmann der Agrarier im Schleicher-Kabinett, hat in den Besprechungen mit dem Reichspräsidenten mehr erhalten, als er jemals im späteren Kampf mit der Industrie erwarten durfte und jemals vor den Lebensnotwendigkeiten der Gesamtwirtschaft verantwortet werden kann. Die Reichsregierung hat auf der ganzen Linie sofort nachgegeben und eine für die Handelspolitik lebensgefährliche Vorentscheidung getroffen. Es werden nicht nur die Fettpläne durchgeführt einschließlich der Butterbeimischung und der Kontingentierung der Industrie. Nicht nur erhalten die bankrotten Großgrundbesitzer im Osten zur verstärkten Besitzhaltung einen verschärften Vollstreckungsschutz. Es ist auch im Grundgesetz festgelegt worden, daß das Prinzip der autonomen Rolle an die Stelle des Prinzips der Handelsverträge treten soll. Die Aussicht wird durch die Entscheidungen der Reichsregierung fast zur Gewißheit, daß wir in diesem Frühjahr fast mit der ganzen Welt im Zollkrieg stehen werden.

Damit sind Fragen von gar nicht zu überschätzender Tragweite ins Rollen gekommen. Sollen jetzt mit dem Artikel 48 die Margarineerzeugung kontingentiert, die Volksernährung durch Fettverwertung verschlechtert und die Futtermittel von neuem zum Ruin des Bauern im Preise in die Höhe getrieben werden, nur weil der Reichslandbund den Bankrott seiner Agrarpolitik nicht eingestehen will und die Synchizi der Grünen Front ihren Posten nicht verlieren wollen? Soll jetzt wieder mit dem Artikel 48 der Vollstreckungsschutz zur Besitzhaltung für die Dunker ausgedehnt und das Recht der Gläubiger mit der Folge neuer Krediterschütterungen mit Füßen getreten werden? Sollen mit dem Artikel 48 jetzt die Handelsvertragspolitik und der Export endgültig erschlagen, autonome Rolle diktiert und neue Massen von Arbeitslosen produziert werden?

Das alles sind Fragen, die auf dem Wege

Vorsteherwahl im Rathaus

Johannes Haß mit großer Mehrheit wiedergewählt

Erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahr. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Wahl des neuen Präsidiums, das nach der Geschäftsordnung des Stadtparlaments zu Beginn jeden Jahres neu zu wählen ist. Der bisherige Vorsteher, Genosse Johannes Haß — er steht seit neun Jahren auf diesem arbeitsreichen und verantwortungsvollen Posten — wurde mit einer sehr starken Mehrheit bereits im ersten Wahlgang gewählt. Er konnte 120 Stimmen auf sich vereinigen, 17 Stimmen mehr als die erforderliche absolute Mehrheit der anwesenden Stadtverordneten. Das Ergebnis der Wahl wurde von den Sozialdemokraten mit großer Befriedigung entgegengenommen. Als Stellvertreter wurden gewählt: Fabian (Dnat.), Dr. Caspari (Sp.) und Meyer (Staatsp.).

deren Miete zwischen 32 und 44 M. schwankt. Damit war die Anfrage erledigt, kleinere Vorlagen wurden ohne Beratung angenommen.

Dem Haushaltsauschuß überwiesen wurde eine Vorlage des Magistrats, die die Zustimmung der Stadtverordneten zu der Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft bis zur Höhe von 8 Millionen Mark für die Untergrundbahnbauten vorsieht. Dem gleichen Auschuß wurde auch überwiesen die Vorlage wegen der Rückzahlung des von dem kommunistischen Ruderverein „Freiheit“ in Höhe von 75 000 M. bei der Rutabank aufgenommenen Darlehens. Es ist bezeichnend, daß gegen die Ueberweisung dieser Vorlage an den Haushaltsauschuß allein die Kommunisten stimmten. Es wird ihnen nicht erspart bleiben, im Haushaltsauschuß sowohl wie später im Plenum

über die Verschwendung dieses aus Arbeitergroßen zusammengetragenen Kapitals durch den kommunistischen Ruderverein Rede und Antwort zu stehen.

In der kommenden Woche findet am Freitag, um 17 Uhr, nur eine Sitzung des Stadige-meindecusschusses statt. Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ist eine Stunde vor Beginn des Ausschusses.

Durch die Berufung zum unbefohlenen Stadtrat in der Bezirksverwaltung Charlottenburg schied Genosse Simon Kagenstein aus der Stadtverordnetenfraktion aus. Sein Nachfolger ist Genosse Wilhelm Richter. In der Charlottenburger Bezirksversammlung ist Kagensteins Nachfolger Genosse Jubes.

Gefängnis für Hummel-Daubmann

Das Urteil gegen den „nationalen“ Schwindler

Wie schon im Hauptblatt mitgeteilt, verurteilte das Gericht in Freiburg den falschen „letzten Kriegsgefangenen“ Hummel alias Daubmann zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Hummel, der übrigens zur Zeit eine dreimonatige Kesslstrafe verbüßt, die er von einer anderthalbjährigen Gefängnisstrafe wegen Heiratschwindels abzusenken hat, antwortete der Angeklagte langsam und bedächtig und bleibt seiner Technik treu, die den Eindruck erwecken will, als ob er in die ganze Daubmann-Affäre von anderer Seite hineingestoßen worden sei.

So ließ sich noch nicht genau feststellen, wann Hummel eigentlich die Idee gefaßt hat, sich als der „letzte deutsche Kriegsgefangene Daubmann“ auszugeben. Es kam ihm allerdings eine geradezu seltsame Häufung von „Zufällen“ zustatten.

Am Bahnhof Chiasso sprach ein Herr über die teuren Apfelsinenpreise. Als ich erwiderte, daß die Drangen in Italien billiger seien, sagte er plötzlich: „Sie sind Daubmann.“ Ich dachte, es wäre ein Kriminalbeamter und bekam Angst. Aber es war der Eisenbahnbeamte Schlageter aus Emdingen. Das war mir nun erst recht peinlich, weil ich doch nicht gewußt habe, bei welchem Regiment Daubmann gebient hat. Aber als mich Schlageter dann fragte, ob ich nicht von der 3. Kompanie der 111er wäre, da wußte ich's.

Der Angeklagte führte weiter aus, wie er dann der Gefangene seines Schwindels geworden sei. Schon in Luzern wurden ihm Blumen überreicht. In Basel haben ihn zwei Herren im Zylinder im Namen des badischen Kriegerverbandes begrüßt. Er wollte „austreten“ gehen und dabei entweichen, aber da sind die zwei Herren gleich mitgegangen“. In einem von der Reichsbahn gestellten Abteil 1. Klasse fuhr Daubmann mit seinem Gefolge dann von Basel nach Freiburg weiter; auch ein letzter Fluchtversuch auf dem Bahnhof Rülheim mißglückte. Beim

Empfang in Freiburg wurde er wieder ohnmächtig.

Bei Hummels nächsten Worten wird es ganz still im Zuhörerraum: Als ich wieder zu mir kam, ist mir jemand um den Hals gefallen... Frau Daubmann, Vorf.: Sie sind dann in das Daubmannsche Haus eingezogen, man hat Ihnen einen Fackelzug gebracht, und ganz Emdingen war hell erleuchtet. Angel.: Jamohl, das hat gar kein Ende genommen. Bori.: Jetzt konnten Sie nicht mehr entweichen. Angel.: Nein. Am nächsten Tage wollte ich um fünf Uhr stehen und stand teils aus dem Bett auf. Da waren aber meine Sachen weg. Frau Daubmann hatte sie weggeschloffen. Sie ist dann an mein Bett gekommen und sagte, ich solle doch weiter schlafen...

Es kam dann eingehend das Buch zur Erörterung, das Major Bumiller herausgegeben hatte. Hummel bestreitet entschieden, Kenntnis von diesem Buch gehabt zu haben und bezeichnet Bumiller als den alleinigen Verfasser. Schließlich kommt auch der Besuch Hummels bei dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen zur Sprache, bei dem Hummel den Hausorden von Hohenzollern mit Schwertern erhielt.

In der Nachmittagsvernehmung wurde die Zeugenvernehmung vorgenommen. Der Zeuge Schlageter, der frühere Kompagniefeldwebel des achten Daubmannschilberle, wie er den Heimgekehrten in Chiasso an der Grenze abgeholt habe, wobei der Angeklagte auf seine Frage, ob er Daubmann sei, zunächst geäußert habe. Erst als der Zeuge ihm seinen Fah zeigt, habe er erklärt: „Ja, ich bin es.“ Fragen nach seinen Regimentskameraden habe er sich dadurch entzogen, daß er Weinkrämpfe markierte. Dadurch etwas stuhlig geworden, hat der Zeuge darauf zu ihm gesagt: „Wenn etwas nicht in Ordnung ist, sage es mir lieber gleich. Ich werde dich als Kameraden trotzdem mitnehmen.“ An der Identität Daubmanns selbst habe er dabei allerdings nicht gezweifelt.

Unter großer Spannung im Zuhörerraum wird dann der Bürgermeister von Emdingen als Zeuge aufgerufen. Er betont, daß er von Anfang an der Sache nicht recht getraut habe. Seine Bedenken seien aber durch die andern beschwichtigt worden.

Sowjetdampfer in Seenot

Mit 200 Fahrgästen

Tokio, 12. Januar.

Der 3650 Tonnen große sowjetrussische Dampfer „Sachalin“ ist mit einer Besatzung von 54 Mann und 200 Fahrgästen an Bord im Ochotskischen Meer in Seenot geraten. Das Schiff gilt als verloren. Der japanische Dampfer „Saporo Maru“ lag am Donnerstag früh von der „Sachalin“ SOS-Rufe auf, die sofort an die Funkstation Hokkaido und andere Stationen weitergegeben wurden. Alle Versuche, mit dem

Sowjetdampfer funktentelegraphische Verbindung aufzunehmen, blieben vergebens. Es wird befürchtet, daß der Dampfer untergegangen ist.

Das Meer von Ochotsk ist ein Teil des Stillen Ozeans an der ostsibirischen Küste.

Die Einschulung beginnt

In diesem Jahre findet die Einschulung früher als sonst statt. Bester Termin ist der 31. Januar. Schulpflichtig werden alle reichsangehörigen und österreichischen Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1926 bis 30. Juni 1927 geboren sind.

Die Einschulung erfolgt in den nächstgelegenen Volksschulen während der Sprechzeit der Reliktoren. Der Impfschein ist unbedingt vorzulegen. Kinder, die eine weltliche Schule besuchen sollen, werden in die nächstgelegene weltliche Schule direkt eingeschult. Die Erziehungsberechtigten müssen dort die Erklärung abgeben, daß das Kind nicht am Religionsunterricht teilnehmen soll. Sozialisten! Republikaner! Eure Kinder gehören in die weltliche Schule.

Drei Falschmünzer verhaftet

Ueber 2000 falsche Zweimarkstücke beschlagnahmt

Am gestrigen Donnerstag wurde von der Falschgeldstelle eine neue Fälscherbande geiprengt. Die Verhafteten sind ein 35 Jahre alter Emil Birke aus Neufölln und seine beiden Gehilfen, ein 34 Jahre alter Paul Rüd und ein 36jähriger Hermann Höhl. Der Führer der Fälscher, die sich mit der Herstellung von 2-Mark-Stücken befaßten, ein 27 Jahre alter Ingenieur und Baukonstrukteur Hans Urban aus Halensee, ist mit einem Motorrad geflüchtet. Nach ihm ist eine große Fahndungsaktion eingeleitet worden.

Die Fälscher sind technisch vorgebildete Leute, die mit besonderer Raffinerie unter der Führung des Ingenieurs Urban an die Herstellung von falschen 2-Mark-Stücken gingen. Die Anfänge der Falschmünzerei liegen bis in den Herbst 1931 zurück. Die Bande hatte sich in der Prinzessinallee im Norden Berlins in einem fast leerstehenden Fabrikgebäude die erste Etage auf dem dritten Hof gemietet. Sie fertigten überaus gute Falschstücke an, begannen aber erst viel später mit dem Abzug der Stücke. So war es gekommen, daß vor etwa zwei Wochen in Königsmulterhausen zwei Männer einem Kaufmann auffielen, die, als sie dort Waren einkauften, mit falschen 2-Mark-Stücken bezahlten. Der Geschäftsmann ging nun den Männern nach und stellte fest, daß sie in anderen Geschäften das Manöver wiederholten und ließ einen Birke, verhaften. Der andere, Urban, konnte mit seinem Auto entkommen. In dem Verhör mit Birke bekam die Polizei den Namen seiner Kompagnen Rüd und Höhl heraus. Weiter aber ermittelten die Beamten, daß die Fälscher eine Menge Geld vergraben hatten. Mehr als 2000 falsche 2-Mark-Stücke hatten sie in drei große Konterbälchen getan und diese verfertigt. Eine Büchse brachten sie hinaus in den Köpenicker Wald und vergruben sie unter einer jungen Eiche in einer Schöpfung. Die beiden anderen Büchsen schleppten sie nach Stahnsdorf hinaus, um sie dort in der Nähe des Friedhofes im Wald unter Moos zu vergraben. Nachdem die Beamten dieses erfahren hatten, fuhren sie in Volkshaus hinaus und gruben den Schatz der Geldfälscher aus. Die Büchsen mit den Falschstücken wurden beschlagnahmt und zur Falschgeldstelle gebracht.

Von Urban ist inzwischen bei der Kriminalpolizei ein Brief eingetroffen, in dem Urban bittet, ihn nicht per Steckbrief oder etwa durch Zeitungsnachrichten suchen zu lassen, da er sich selbst stellen werde. Das ist aber bisher noch nicht geschehen. Sein Verbleib ist noch unbekannt.

Fabrik in Flammen

Großfeuer in Berlin N.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehre waren in der Nacht zu Mittwoch auf dem Grundstück Müllerstraße 127 im Norden Berlins mit der Bekämpfung eines Großfeuers beschäftigt.

Auf dem Gelände befindet sich in einem etwa 450 Quadratmeter großen Bodenerdbau die Holzbearbeitungsfabrik der Firma Skibbe. An den Platz grenzt Laubengelände mit zahlreichem Bohlenhaufen. Kurz nach 1 Uhr wurden Stedler durch einen ungewöhnlich starken Feuerchein aus dem Schlaf aufgeschreckt. Die Holzbearbeitungsfabrik stand in hellen Flammen, meterlange Flammen schlugen aus dem Dach hervor. Als die Feuerwehr unter Leitung des Oberbau Rates Jilius von der Wache Schillerpark mit vier Löschzügen an der Brandstelle erschien, galt es zunächst,

die benachbarten Wohntauben zu schützen.

die durch die starke Strohlenhitze in ernste Gefahr geraten waren. Durch einen umfassenden Löschangriff gelang es, das Feuer mit fünf Schlauchleitungen gegen 1/3 Uhr einzufrieren.

Der Sachschaden ist sehr hoch. Die Entstehungsursache ist bisher noch unbekannt.

LOESER & WOLFF * GRÖSSTE ZIGARENFABRIK DEUTSCHLANDS
CA. 5000 ARBEITER UND ANGESTELLTE

Neul  leicht

L&W CORONAS Nr. 10 UNSORTIERT pikante, feine Corona 10 Pf.

L&W Nr. 3  die neue, überaus preiswerte L&W-Zigarette

aus macedonischen und türkischen Tabaken

Der Flüchtling aus Rußland

Politischer Mordprozeß in Moabit

Die Verhandlung gegen den 27jährigen Arbeiter Walter Guhl, der im Zusammenhang mit der Schießerei vor dem nationalsozialistischen Verkehrsrotal Richardstraße 35 in Neukölln des Mordes an dem Wirt des Cafés und des verurteilten Mordes an drei Nationalsozialisten angeklagt ist, verlief gestern zeitweilig sehr dramatisch.

Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Schilderung des Angeklagten von seinem Aufenthalt in Rußland, seiner Flucht aus Rußland und seiner Rückkehr nach Deutschland. Er bestritt mit aller Entschiedenheit, bei der Schießerei zugegen gewesen zu sein, und behauptet, nur das Schießen gehört zu haben, als er mit zwei Genossen in die Nähe des S.-V.-Verkehrsrotals gekommen war. Er bestritt auch, an den Sitzungen teilgenommen zu haben, in denen der Plan des Mordes auf das Verkehrsrotal angeblich besprochen worden ist. Wenn die Angeklagten und Zeugen im ersten Prozeß gegen ihn belastende Aussagen gemacht haben, so nur deswegen, weil sie wußten, daß er flüchtig ist und sie sich decken wollten. Nicht wahr sei es auch, daß er nach der Schießerei im Lokal Steffen gesagt habe: „Ich habe auch geschossen.“ Richtig sei allerdings, daß er im Lokal seinen Revolver gezogen und einen Schuß abgefeuert habe. Er habe dies jedoch in seiner Trauerheit getan. Eben wegen dieses Schusses sei er flüchtig geworden, nicht aber, weil er sich einer Schuld bewußt gewesen sei.

Ueber seine Flucht aus Rußland erzählt der Angeklagte Guhl folgendes: Er hielt sich anfangs

in Mittenwalde, dann in Borßigwalde verborgen. Hier bekam er von Genossen Geld und einen falschen Paß und fuhr nach Moskau. Er wurde anfangs in einem Heim für ausländische Arbeiter untergebracht, dann nach Stalingrad geschickt, wo er auf einem Werk arbeitete. Es gefiel ihm hier nicht, er verkaufte seine Sachen und fuhr mit fünf anderen ausländischen Arbeitern nach Moskau zurück, begab sich hier auf das deutsche Konsulat, nannte seinen richtigen Namen und erklärte, daß er wegen eines politischen Vergehens aus Deutschland geflüchtet sei. Er erhielt einen Ausweis auf seinen Namen und Geld zur Rückfahrt.

Die Frage des Vorsitzenden: weshalb er es vorzogen habe, in Deutschland seinen Kopf zu riskieren, anstatt in Rußland zu bleiben, ließ Guhl unbeantwortet. Er sagte nur, es habe ihm in Rußland nicht gefallen, die Sprache sei ihm auch zu schwer gewesen, er habe sich mit seinen Genossen nicht verstanden und schließlich seien ihm auch die Essentarten entzogen worden. In einem Brief aus dem Berliner Gefängnis an seine Braut hat er aber u. a. geschrieben:

Es geht mir soweit gut, ich habe genug zu essen, was ich in Rußland nicht hatte.

Es fehlen mir nur du und die Freiheit. — Guhl sagte ferner, daß seine früheren Genossen ihm jetzt sehr feindselig gegenüberstünden; sie hätten ihm Rache angedroht und sie müssen es auch gemacht sein, die ihm bei der Polizei nach seiner Rückkehr aus Rußland angezeigt haben; vier Tage nach seiner Ankunft in Berlin ist er verhaftet

worden. Er hatte sich nicht sofort gestellt, weil er noch ein wenig die Freiheit genießen wollte. Bereits gestern konnte mit der Beweisaufnahme begonnen werden. Es dürfte zu dramatischen Gegenüberstellungen zwischen dem Angeklagten und seinen früheren Genossen kommen. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld.

Verbrecher gegen Verbrecher Krach unter Ringvereinen

Zwischen Mitgliedern mehrerer Ringvereine war es in der vorletzten Nacht zu einer wilden Auseinandersetzung gekommen, die damit endete, daß zahlreiche Personen die Pistolen zogen und aufeinander feuerten.

Der Schauplatz des Kampfes war die Grünstraße in Charlottenburg, zwischen der Wilmersdorfer und Kaiser-Friedrich-Straße. Als Polizeibeamte der Reviere 121 und 125 herbeieilten, sahen sie nur noch zwei Opfer des Kampfes auf dem Bürgersteig liegen. Sie brachten die beiden Männer ins Westendkrankenhaus. Die Verletzungen, die sie erlitten hatten, sind sehr schwer, so daß man mit dem Ableben der beiden rechnen muß. Der eine hat einen Bauch-, der andere einen Kopfschuß erhalten. Sie konnten über ihre Personalien noch nicht gehört werden. Tapiere und Ausweise hatten sie nicht bei sich.

Arbeiterheim Wedding

Daß trotz der Notzeit Latwille und Solidarität vermögen, längt erkannte Notwendigkeiten zur Durchführung zu bringen, haben die Wedding-Organisationen der „Arbeiterwohlfahrt“ und des „Deutschen Arbeiterabstinenzbundes“ bewiesen, indem sie Uferstraße 15, also ziemlich im Mittelpunkt des Bezirks, das Arbeiterheim Wedding schufen, das dieser Tage eröffnet wurde.

Wie Genosse Harwig als Leiter der Arbeitsgemeinschaft ausführte, soll das Heim den erwerbslosen Genossen Gelegenheit zum Aufenthalt in warmen und anheimelnden Räumen geben. Das Heim soll aber auch allen sozialistischen Gruppen, insbesondere den Frauen, Gelegenheit zur Abhaltung ihrer Versammlungen bieten. Die zahlreichen erschienenen Vertreter der Arbeiterorganisationen, insbesondere der Arbeiterwohlfahrt, des Arbeiterfamarktverbundes, der Arbeitsgemeinschaft

Sichert euer Wahlrecht für die Konsum-Wahlen!

Am Sonntag, dem 15. Januar 1933, findet in der Zeit von 9 bis 14 Uhr die Vertreterwahl für die Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft statt. Wahllokale sind durch Plakatausgang in den Lebensmittelabgabestellen bekanntgemacht. Als Wahlausweis gilt das Mitgliedsbuch.

Alle Genossinnen und Genossen, die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft sind, müssen ihr Wahlrecht ausüben. Fordert deshalb die Mitgliedsbücher in den Verkaufsstellen ein.

In wenig Worten

In der Donnerstag-Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen 30 000 Mark auf die Nummer 33 325, die in der ersten Abteilung in Achstollen in Hessen, in der zweiten in allen Achstollen in Berlin gespielt wird.

Eine fünfköpfige Familie starb in Bukarest unmittelbar nach Einnahme des Mittagessens unter furchtbaren Qualen. Die Untersuchung ergab, daß auf das Essen irrtümlicherweise statt Salz Arsenik getreut worden war.

Infolge des überaus starken Besuches der Ausstellung „Ostpreußen — was es leidet, was es leistet“ im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer-Straße 120, hat sich der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen entschlossen, die Ausstellung bis zum Montag, den 16. d. M., zu verlängern. Täglich von 17 bis 18 Uhr finden geschlossene Führungen statt, von 18 bis 19 Uhr Vorträge und von 19 bis 20 Uhr Vorführung von Diaprogrammen.

Spanische Hauspapas

Empörte Mieter

Durch den „Vorwärts“ wurden die standlosen Zustände in den der „Compania comercial y bancaria“ gehörenden Mietshäusern ausgedeckt.

Die Hausverwaltungs-G. m. b. H. „Compania comercial y bancaria“, Kopenhagener Str. 31, und einige Todtergesellschaften verwalten rund 180 Berliner Mietshäuser. Die Besitzer sind spanische Privatpersonen und spanische Gesellschaften, die ihren Besitz in der Inflationszeit für ein Butterbrot erwarben und nur das eine Interesse kennen, die Mieten als Gewinne in Spanien buchen zu können. Für die Instandhaltung ihrer Häuser zeigen sie nicht das mindeste Interesse. Wenn die empörten Mieter jetzt zur Selbsthilfe greifen, ist es kein Wunder.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in den Sophienkaten wurden die Mieter von einem Rechtsanwalt über die gesetzlich zulässigen Wege zum Recht eingehend informiert. Die Möglichkeit der nach § 320 des Mietengesetzes zulässigen Einbehaltung der Mieten nach Aufforderung und Prüfstellung zur Abstellung sämtlicher Mängel wurde dabei sehr eingehend geschildert.

In einer ausgedehnten Diskussion kamen die grauenhaften Zustände in den Häusern und einzelnen Wohnungen zur Sprache. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der als wichtiges Beflagsnahme des nach in Deutschland befindlichen Vermögens der Firmen zum Zwecke der Wiederinstandsetzung der in furchterlichem Zustände befindlichen Häuser und Entschädigung der Mieter gefordert wurde. Um solche Zustände in Zukunft unmöglich zu machen, ist verstärkte Wohnungsinspektion und Wohnungsaufräumarbeit, die von der Sozialdemokratie immer gefordert worden ist, dringend nötig.

Brolat bleibt in Haft

Am gestrigen Termin zur Verurteilung der gegen Direktor Brolat verhängten Untersuchungshaft hat die Strafkammer des Landgerichts III nach Anhörung des Angeklagten, seiner Verteidigung und der Staatsanwaltschaft beschlossen, die Untersuchungshaft gegen Brolat aufrechtzuer-

halten. Das Gericht hält, wie die Justizpressestelle mitteilt, den dringenden Verdacht, daß Brolat bewußt unter seinem Eid die Unwahrheit gesagt hat, sowie Fluchtverdacht für gegeben. Auch auf den Eventualantrag der Verteidigung, der Rechtsanwältin Dr. Ribbel und Treitel, Brolat gegen Sicherheitsleistung von der weiteren Vollstreckung des Haftbefehls zu verschonen, ist das Gericht nicht eingegangen.

Kinderlähmung vorüber Epidemienwelle überwunden

Im Dezember vergangenen Jahres sind erfreulicherweise nur noch wenige Erkrankungen an spinärer Kinderlähmung zu verzeichnen gewesen. In Berlin kann die Epidemie jetzt im wesentlichen als abgeklungen gelten.

Zur Behandlung etwa zurückgebliebener Lähmungen infolge Erkrankung an Kinderlähmung hat die Stadt Berlin in der Kinderheilklinik Buch besondere Möglichkeiten geschaffen. Dorthin werden zirka 8 Wochen nach Beginn der Erkrankung die Kinder, bei denen Lähmungen zurückgeblieben sind, zur Nachbehandlung verlegt. Im Interesse eines möglichst guten Heilerfolgs war eine solche Zusammenfassung dringend nötig. Die spinale Kinderlähmung wird auch dort als akute Infektionskrankheit im Sinne des Kur- und Verpflegungsfestentaris für die Berliner städtischen Kranken- und Pflegeanstalten angesehen. Deshalb wird für Kinder Einheimischer und für Kinder der Mitglieder von Berliner Krankenkassen nur ein Kurkostenbeitrag von 2,70 M. erhoben. Mittellose werden auf Kosten der Wohlfahrt behandelt.

Tagung der Polizeibeamten

Wahl des neuen Verbandsvorsitzenden — Wichtige Anträge

Die diesjährige Tagung des Verbandes der Preussischen Polizeibeamten, die vom 23. bis zum 25. Januar in Berlin vor sich geht, wird sich mit wichtigen Fragen des Beamtenrechts, der Organisation, der Befolgung, mit gewerkschaftlichen Dingen und der Krankenfürsorge befassen. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Wahl des 1. Vorsitzenden.

Am 23. Januar nimmt die Tagung mit einem Fest im Zoo, zu dem auch Vertreter ausländischer Polizeibehörden eingeladen sind, ihren Auftakt. Der 24. und 25. Januar sieht die Vertrauensleute des Verbandes in den Räumen des Reichswirtschaftsrates in der Bellevuestraße, wo im Rahmen der Verbandstagung über 200 Anträge und Entschlüsse zur Debatte stehen.

Zwei Anträge des Gauus Groß-Berlin zogen über die Bedeutung vieler anderer hinaus. Zuerst geht es um das Koalitionsrecht der Polizeibeamten. In der Empfehlung heißt es u. a.:

„Der Verbandstag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, die Polizeibeamten oder einzelne Gruppen derselben von der Mitbestimmung der Gewerkschaft des deutschen Volkes durch Einwirkung der in der Reichsper-

fassung gewährleisteten Rechte auszuschalten. Die Polizeibeamten in ihrer Gesamtheit können ihren hohen Aufgaben nur gerecht werden,

wenn sie als Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten an der Gestaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens teilhaben.

Der Verbandstag beauftragt daher den Verbandsvorstand, für die volle Ausbreitung der in den Artikeln 130 und 150 der Reichsverfassung garantierten Rechte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.“

Der andere wichtige Punkt behandelt das Verhältnis zwischen Polizeioffizier und Polizeiwachmeister. Es heißt da: „Die Behandlung der Beamten sowie die Ausbildungsmethoden und die Art der Heranbildung des Polizeioffizierserzuges in der letzten Zeit ist nicht geeignet, ein Vertrauensverhältnis zwischen Polizeioffizier und Polizeiwachmeister, insbesondere in der Bereitschaftspolizei, zu sichern, zu fördern und zu festigen. Nicht durch trübseligen Herausstellen des Vorgesetztenverhältnisses, sondern durch vorbildliches Vorleben und Verhalten als Kamerad und Führer ist es möglich, den Schutzpolizeikörper zu einer auf gegenseitiges Vertrauen sich aufbauenden Formation zusammenzuführen.“

sozialistischer Mitbestimmung, des Arbeiterabstinenzbundes, des 3. Kreises der Partei u. a. m., begrüßten einheitlich die hier gezeigte Initiative. Die Befähigung des Heims löste bei allen Beteiligten Anerkennung aus. Zwei freundliche helle Räume versprechen angenehmen Aufenthalt; sie sind ausreichend für Abhaltung kleinerer Versammlungen. Ein kleiner Wirtschaftsraum ist mit Kochgelegenheit ausgerüstet. Gen. Dr. Drucker und Genossin Kurgas führten in Ansprachen aus, daß derartige Heime berufen wären, wesentliche Aufgaben im Dienste der öffentlichen und privaten Fürsorge zu übernehmen. Genosse Faurnes konnte für den Verein Arbeiterheim Wedding erklären, daß bereits jetzt die Erhaltung des Heims gesichert erscheine. Er gedachte dankend der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Mitbestimmung und des Arbeiterabstinenzbundes, die durch Spenden und Inventarüberlassung die Erhaltung des Heims ermöglichten. Er erwähnte die erwiesene Kameradschaft der Gemeinschaftsmitglieder, deren Hilfsbereitschaft über manche Augenblickslegenheiten hinweg half, und hob besonders die Solidarität der erwerbslosen Genossen hervor, durch deren Mitwirkung das Heim so gestaltet werden konnte, wie es sich heute den Besuchern präsentiert.

„New York“ auf Grund Zusammenstöße auf der Elbe

Hamburg, 12. Januar.

Nachdem der schwere Rebell an der Unterelbe und an der Küste die gesamte ein- und ausgehende Schifffahrt nach Hamburg schon über 24 Stunden lahmgelegt hatte, ist er vorübergehend an verschiedenen Stellen gewichen. Hier legte sich die Schifffahrt wieder in Bewegung, wobei es zu schweren Havarien gekommen ist.

So ist unterhalb Brunshöfchen der einkommende 4779 Bruttoregistertonnen große amerikanische Dampfer „Liberty Glo“ mit dem ausgehenden 2700 Bruttoregistertonnen großen deutschen Dampfer „Nabat“ der ostenburg-portugiesischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Kollision geraten. Der von Hamburg ausgehende 20 000 Tannen große Spagobeamer „New York“ ist infolge des dichten Nebels bei Schulau auf Grund geraten. Das Schiff liegt fest und hat Hilfe angefordert. Schleppe sind an die Unfallstelle abgegangen und versuchen das Schiff flott zu machen.

Diebe holen Richterrobe

Ein Einbruch wurde in eine Nebenstelle des Spancauer Amtsgerichts in der Rorigstraße verübt. Eine Diebstahlskommission aus einem Nebengrundstück her über das Dach und drang in die Büros des Amtsgerichts ein. Die Täter erbrachen verschiedene Behälter und stahlen daraus diverse Schreibmaschinen, einen Regulator nahmen sie von der Wand, und eigneten sich auch eine Richterrobe an. Außerdem stahlen sie verschiedene Uniformen von Justizwachmännern. Die Täter sind mit ihrer Beute unarrest entkommen. Was sie mit den einzelnen Beutestücken anfangen wollten, ist noch rätselhaft.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist stark wolkig, keine oder nur unbedeutende Schneefälle, noch etwas kälter, östliche Winde. — In Deutschland: Im ganzen Reich meist bewölkt, nur stellenweise auflockerndes Wetter, vereinzelt geringe Schneefälle. Im Westen nur leichter, im Osten strenger Frost.

Die Klassenkundgebung des Sozialistischen Kulturbundes für kommenden Sonntag, den 15. d. M., vormittags 11½ Uhr, im Theater der Volksbühne muß infolge einer plötzlichen Erkrankung von Thomas Mann auf 4 bis 6 Wochen verschoben werden. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Die Steffiner Sänger im Reichshallen-Theater am Dönhofsplatz treiben auch im neuen Jahr, wie in den vorausgegangenen drei Jahrzehnten, ihr munteres Wesen und ihren lustigen Witz. Die Weinprobe von Dr. Erich Fischer nach der Aufführung von Heinrich Marschner wagt, B. durchaus künstlerisches Geschick und Haltung. In Hermann Raabes Bauernschwanz „Die sieben Erben“ kann das Ensemble alle Register des Humors ziehen. Ein schäblicher Spaß: „Der trank Fliegenpilz“ und vieles andere im bunten Alter unterhält und erfreut die treuen Stammgäste und die Fremden aufs allerbeste. Martin Brauer, Gustav Bombardier, Franz Strardi tummeln sich wacker und sorgen dafür, daß das Laichen nicht abreißt. Freddy van Plaaten ist mal eine alte Jungfer, mal ein niedliches Zimmermädchen, jedenfalls immer etwas weibliches.



Togal
unübertroffen bei
**Rheuma-Gicht
Kopfschmerzen**
Iachias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Stark harntreibend, bakterien-töndend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Zusammenbruch der Landbundpolitik

Das Landbündel ist am Ende — Darum die Flucht in die Provokation

Die im übelsten nationalsozialistischen Verfallungsstadium abgefasste Entschliessung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes wirkt der Reichsregierung die Duldung einer Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der internationalen Exportindustrie und ihrer Trabanten vor. Dieser Bormord ist — das weiß der Landbund selbstverständlich auch — völlig unbedeutend.

Sämtliche Regierungen seit 1918 — mögen sie „marxistisch verkehrt“ gewesen sein oder nicht — haben die Interessen der Landwirtschaft gewahrt. Die Regierungen freilich, in denen keine Sozialdemokraten vertreten waren, haben dem Landbund allzu große Konzessionen gemacht. Alle Maßnahmen nämlich, die nur darauf hinausliefen, die Preise ohne Rücksicht auf die Kaufkraft und die handelspolitischen Fernwirkungen zu erhöhen, haben der Landwirtschaft nichts genutzt, wie jetzt die Lasten beweisen. Diese Erkenntnis hat allmählich auch im Landbund Eingang gefunden.

Es dümmerte selbst in den Landbündeln, daß mit Zöllen, Einfuhrverboten und zwangsmäßigen Preiserhöhungen die Verkaufsstelle der Landwirtschaft nicht gehoben werden kann.

Aber unter dem Zwang, den Mitgliedern draußen auf dem Lande unbedingt beweisen zu müssen, daß in Berlin sieberhaft an der „Rettung der Landwirtschaft“ gearbeitet wird und daß die Interessenwahrung der Landwirtschaft in den Händen der Landbündel nicht aufgehoben ist, darf man — da man den eigenen geistigen Bankrott nicht eingestehen kann — mit dem Fördern nicht aufhören. Man ist dabei so nervös geworden, daß man nunmehr die nationalsozialistische Praxis nachahmt und maßlose provozierende Angriffe selbst gegen eine Regierung richtet, die bereit ist, den größten agrarpolitischen Unsinn mitzumachen.

Es gibt keine andere Erklärung für die mit der Milkgabel geführte Entschliessung des Reichslandbundes als die, daß seine Führer selber wissen, daß es mit ihrem Latein zu Ende ist.

Die Landbundpolitik ist in der Tat restlos am Ende. Alle neueren Maßnahmen zur Erhöhung des Schutzes der Großagrarien wirken sich gegen die Landwirtschaft selber aus.

Die Hochhaltung der Getreidepreise hat zu einer Steigerung der Produktion geführt, so daß in diesem Jahre die Getreideernte höher ist als im vorigen Jahr. Ernte und Einfuhrüberschuß zusammen. Die Roggen- und Weizenpreise liegen daher jetzt 35 M. je Tonne unter den Preisen vom Januar 1932. Durch Zölle ist keine Preiserhöhung mehr möglich.

Alle Bemühungen, das Futtermittelgetreide zu verknapfen, um auf diesem Wege ein Wiederanstreigen der Brotgetreidepreise zu erzwingen, waren umsonst. Es wurde damit lediglich erreicht,

daß das Futtermittelgetreide heute vielfach teurer als das Brotgetreide ist.

Die Preise für Gerste liegen um 10 M. über den Vorjahrespreisen und der Monopolpreis für Mais ist von 165 M. auf 195 M. erhöht worden, so daß Mais teurer als Weizen ist und als Viehfutter nicht mehr verwendet werden kann.

Die letzte Möglichkeit, für die Geflügelwirtschaft ein Futter zu beschaffen, das eine rentable Eierproduktion bei den durch den Kaufkraftschwund gesunkenen Eierpreisen gestattet, nämlich die Einfuhr von unpoliertem Reis, ist vor vierzehn Tagen durch die Einbeziehung von Reis in die Bewirtschaftung durch das Maismonopol zerfallen worden.

Die Lieferung von verbilligtem Hühnerfutter, die von der Sozialdemokratie vor mehr als Jahresfrist noch durchgedrückt wurde, ist auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Wieder soll die Preisschraube helfen: Der Landbund will die Geflügelwirtschaft durch die Erhöhung des Eierzolls von 5 auf 110 M. retten, wodurch ein Ei um 6 Pf. verteuert würde. Wer dann noch Eier kaufen soll, bleibt ein Geheimnis des Landbundes.

Die falsche Getreidepreispolitik richtete sich auch gegen die Schweinehaltung. Die Belieferung von verbilligtem Sojabohnen kommt nur noch einem ganz kleinen Teil der Schweinemäster, die auf Zufuhr von Futtermitteln angewiesen sind, zugute. Auch hier ist die Folge Einschränkung der Schweinefleisch, also Verringerung des Einkommens der bäuerlichen Landwirtschaft.

Die Fettmonopolpläne — ebenfalls nur Verfall.

Aber noch unsinniger sind die Pläne, deren Anfang die Butterbeimischung und der Verwendungszwang für inländische Delfaaten darstellen. Die Margarineerzeugung soll eingeschränkt werden. Man hofft, die Erzeugung von inländischer Butter und Schmalz dadurch steigern zu können bei gleichzeitig erhöhten Preisen.

Höhere Preise kann man aber nur erzwingen, wenn man die Preise für alle Artikel zwangsmäßig festlegen kann. Natürlich müssen alle diese Pläne an der ungenügenden Kaufkraft der Massen scheitern.

Aber den Projektmachern kommt es auch weniger auf eine Erhöhung der Butterpreise als vielmehr darauf an, die Bewirtschaftung und

Preisgestaltung der Delfachen, der Nebenprodukts der Delfmühlen in die Hand zu bekommen. Nachdem nämlich die Getreidepolitik mit der Verteuerung der Futtermittel auch am Ende ist, braucht man neue Wege zur Volksausbeutung. Delfachen sind ein für die Milchwirtschaft unentbehrliches Futtermittel. Hier besteht ein sehr großer Einfuhrbedarf, und es liegt auf der Hand, daß die Großgrundbesitzer gern statt Getreide und Zucker, die nun im Ueberfluß erzeugt werden, sich nunmehr der Erzeugung von Delfaaten zuwenden würden. Natürlich wollen sie nicht die Delfaaten zu dem jetzigen Preise liefern, sondern sie fordern einen Preis, der doppelt so hoch ist wie der jetzige. Und da auf lange Jahre hinaus ein Einfuhrbedarf an Delfaaten vorhanden ist, besteht auch theoretisch die Möglichkeit, den einheimischen Produzenten ihre Delfaaten zu einem höheren Preise abzunehmen.

Selbstverständlich werden dadurch die Kosten der Milchherzeugung wesentlich beeinflusst, so daß diese Hilfsmaßnahme im Rahmen eines Fett-

monopols nur einen neuen Weg der Ausbeutung der Berechtigungsländerei und der Verbraucher durch die Großagrarien bedeutet.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat gegenüber dieser Politik ein gutes Wort geprägt. Sie verlangt endlich „Agrarpolitik statt Agrarierpolitik“. Mit der Agrarierpolitik muß in der Tat Schluss gemacht werden. An ihre Stelle hat eine Agrarpolitik zu treten, die in Vertretung der Interessen der gesamten Landwirtschaft zunächst Sorge dafür trägt, daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Erhaltung des Nahrungsmittelverbrauchs, d. h. auf die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen abgestellt werden. An Stelle der Agrarierpolitik, die ein Eigenleben zum Nutzen von einigen tausend Großagrariertfamilien, zum Schaden von 90,9 Proz. des deutschen Volkes führt, muß eine Agrarpolitik getrieben werden, die ein organischer Bestandteil der gesamten Volkswirtschaftspolitik ist. Mit den Agrariern ist solche Politik nicht möglich. Sie muß ohne und gegen sie gemacht werden.

Daten zur Konjunktur Leichte Besserung bei der Reichspost

In ihrem Jahresbericht für 1932 teilt die Deutsche Reichspost mit, daß sich die seit 1929 anhaltende Schrumpfung des gesamten Verkehrs in den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres in fast allen Betriebszweigen fortgesetzt habe.

In den darauf folgenden Monaten habe sich indessen in einigen Dienstzweigen eine geringe saisonale Belebung durchgesetzt, die das saisonübliche Maß überschritten habe. Die Verkehrsrückgänge sind allgemein zum Stillstand gekommen. Der Weihnachts- und Neujahrsvorkehr wies sogar eine beachtliche Steigerung gegen 1931 auf.

Im einzelnen lagen der Telegrammverkehr vom Januar bis November 1932 um 20,3 Proz., der Fernsprechverkehr um 10,4 Proz., Briefsendungen um 6,8 Proz. und Postanweisungen merklich um 17,2 Proz. unter dem Stande des vorhergehenden Jahres. Die Zahl der Rundfunkzuschauer hat um eine Viertelmillion auf insgesamt etwa 4,25 Millionen zugenommen.

Die Eisenproduktion im Dezember

Die Erzeugung von Roheisen ist im Dezember von 370 562 auf 364 159 Tonnen gesunken. Der arbeitstägliche Rückgang ist mit 11 747 gegen 12 352 Tonnen (31 Arbeitstage im Dezember) noch erheblich und beträgt 4,9 Proz. — Im ganzen Jahre 1932 wurden 3,93 gegen 6,06 Millionen Tonnen im vorhergehenden Jahr erzeugt, was einer Produktionschumpfung von 35,3 Proz. entspricht.

Industrie in Nordsibirien? Werftbauten an der Lena-Mündung

Sowjetamtlich wird mitgeteilt, daß der wirtschaftliche Nordausbruch im Verein mit der Staatsplanmission der jakutischen Republik die Schaffung eines großen Verkehrs- und Industriezentrums an der Mündung der Lena in Nordsibirien im Rahmen des nächsten Fünfjahresplanes beschloffen habe. An der Flußmündung soll eine große Werft erbaut werden, die die erforderliche Lonnage für die Ruch- und Seeschifffahrt liefern soll. Mit dem Bau der Werft soll schon 1933 begonnen werden. In der Mündungsbucht wurde die Anlage eines Hafens beschloffen. Die Organisation der Pelztierjagd, des Fischfangs ist in die Wege geleitet worden.

Weltproduktion 1932 Deutschlands Anteil erheblich gesunken

Das Konjunkturinstitut gibt in seinem neuesten Wochenbericht eine Krisenbilanz der industriellen Weltproduktion. Im Jahre 1928 war die industrielle Weltproduktion um 37 Proz. im Jahre 1929 sogar um 47 Proz. größer als im Jahre 1913. Im Jahre 1932 aber war sie nur noch gerade so hoch wie 1913. Da aber die Weltbevölkerung inzwischen um 13 Proz. gewachsen ist, war die Industrieproduktion je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1932 tatsächlich um 11 Proz. kleiner als 1913.

Im einzelnen ergeben sich sehr starke Unterschiede. Setzt man die Produktion des Jahres 1928 gleich 100, so ist die Russlands dank des systematisch erzwungenen, erhungerten Ausbaus auf 234 gestiegen. Die Produktion Japans ist infolge Kriegs- und Inflationskonjunktur auf 114 gestiegen. Großbritanniens Industrie durch die Aufgabe des Goldstandards eine gewisse Stützung; die Produktion ging auf 89 zurück. Die

Industrieproduktion Deutschlands und der Vereinigten Staaten ging gegenüber 1928 gleich 100 auf 57, die Polens aber auf 52 zurück.

Vergleicht man aber das Jahr der höchsten Produktion mit dem Jahre 1932, so zeigt sich, daß der Krisenrückgang in Polen mit 48 Proz. und in den Vereinigten Staaten mit 47 Proz. noch schärfer war als in Deutschland mit 44 Proz. In der ganzen Welt ist die Produktion des Jahres 1932 gegenüber der Höchstproduktion um 31 Proz. bei Ausberückichtigung Russlands um 37 Proz. gesunken. Wenn der Rückgang bei Großbritannien nur 16 Proz. ausmacht, so ist zu berücksichtigen, daß der Aufschwung in den guten Konjunktur-

Der drohende Mietwucher

Kein Mieterschutz mehr ab 1. April — Und die Reichsregierung tut nichts!

Nach der ersten Rotverordnung sollte der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zum 1. April 1934 mit der Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes beginnen und am 1. April 1936 mit Aufhebung der beiden wichtigsten Gesetze über Mieterschutz und Mietenhöhe beendet sein. Diese Termine lagen dem Hausbesitz in zu weiter Ferne, und so wurde in der vierten Rotverordnung verfügt, daß alle drei Gesetze bereits am 1. April 1933 außer Kraft treten! Allerdings soll dies nur geschehen können, falls bis dahin ein soziales Mietrecht geschaffen werde. Aber da dieser Begriff unter den herrschenden Verhältnissen nach Belieben ausgedeutet werden kann, müssen wir damit rechnen,

daß die Mieter in weniger als drei Monaten der Willkür ihrer Vermieter ausgeliefert sein werden.

Die Zustände, die dann einreißn werden, kann man sich an Hand der Erfahrungen des letzten Jahres leicht ausmalen. Kleine und mittlere Wohnungen werden teurer sein als jetzt, Großwohnungen werden sich weiter verbilligen.

Diese Ausichten sind nur das getreue Spiegelbild des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bei den verschiedenen Wohnungsgrößenklassen, wie es erst kürzlich durch die Berliner Wohnungszählung festgehalten wurde und praktisch in der neueren Mietpreisbildung zum Ausdruck kam.

Während freigemordene 5-Zimmer-Wohnungen je nach Gegend bis auf 150 M. einschließlich Heizung und Warmwasser herabgesetzt werden mußten, konnte die Miete für 3- bis 3½-Zimmerwohnungen teilweise auf 30 bis 135 M. für 2- bis 2½-Zimmerwohnungen auf 80 bis 95 M. gesteigert werden.

Eine solche Preisentwicklung widerspricht dem Reichsmietengesetz in doppelter Weise. Einmal nämlich sind meist sogenannte Festmieten abgemacht worden, obwohl von Gesetzeswegen immer noch auf der Grundlage der Friedensmiete zu rechnen wäre, und zweitens gehen die Preise über die gesetzliche Miete vielfach bei weitem hinaus. Auf was für Mietsforderungen erst gefaßt machen müssen, wenn das Kündigungsrecht ab 1. April wieder bei den Hausbesitzern liegen wird!

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Hausbesitz die Mieten der kleineren Wohnungen auch deshalb in die Höhe treibt, um einen gewissen Ausgleich für die notwendigen gewordenen Mietrückstellungen bei größeren Wohnungen zu erzielen. —

Softet das Zimmer einer freigemordeten 2- bis 2½-Zimmerwohnung oft um die Hälfte mehr als das Zimmer einer Großwohnung. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß die Mieten gleichwertiger Alt- und Neubauwohnungen kleinerer Größe kaum noch Unterschiede auf-

weisen, soweit der Hausbesitz im letzten Jahr über sie Verfügungsgehalt gewonnen hat, während große Wohnungen sehr viel billiger geworden sind als etwa gleichwertige Neubauwohnungen. An der Friedensmiete gemessen, haben sich kleinere Wohnungen erheblich verteuert, große erheblich verbilligt. Die Wohnungsgröße, die in dieser unterschiedlichen Entwicklung den Wendepunkt abgibt, dürfte zur Zeit die 4-Zimmerwohnung sein, nach Meinung der Hausbesitzer sogar schon die 3-Zimmerwohnung.

Der Anteil der einzelnen Länder an der industriellen Weltproduktion hat sich stark verschoben. Die erste Stelle nahmen nach wie vor die Vereinigten Staaten ein, aber ihr Anteil ist von 45 Proz. im Jahre 1928 auf 35 Proz. im Jahre 1932 stark gesunken. Rußland steht jetzt mit 15 Proz. (1928 erst 5 Proz.) an zweiter Stelle. Großbritannien nimmt mit 11,2 Proz. die dritte Stelle ein. Deutschland ist von 1928 mit 12 Proz. bis 1932 mit 9 Proz. von der zweiten auf die vierte Stelle zurückgefallen.

Deutschlands Industrieproduktion hatte im August mit 52 (1928 gleich 100) den tiefsten Stand erreicht. Bis November hat sich die Produktion (unter Ausschaltung der Saisoninflüsse) auf 64 gehoben. Ob die Befreiung im Dezember sich fortsetzt hat, muß nach den bisher vorliegenden Meldungen bezweifelt werden, trotz der optimistischen Ausführungen Herrn Warmbolds im Reichstagsauschuß. Das Konjunkturinstitut trifft jedenfalls für die allgemeine Entwicklung nur die vorsichtige Feststellung, daß der „konjunkturelle Rückgang zum Stillstand gekommen“ sei.

Die Verkehrspleite. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen beträgt die Zahl der auf der Hamburg-Hochbahn im Jahre 1932 beförderten Personen insgesamt 208,6 Millionen gegen 262,6 Millionen im Vorjahre. Die Einnahmen aus den verschiedenen Verkehrsmitteln stellen sich insgesamt auf 42,8 (i. V. 38,6) Millionen Mark. Hamburg geht es also nicht anders als Berlin.

Deutsch-schweedisches Kohlenabkommen. Zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist ein Kohlenabkommen getroffen worden, das an die Stelle der bisherigen Kontingente tritt. Der Vertrag, der erstmalig zum Jahresende 1933 kündbar ist, sieht einen Ausgleich der gegenseitigen Lieferungen vor. Er tritt am 1. April in Kraft.

Wieder 50 Proz. Devisenverteilung. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß der Grundbetrag der allgemeinen Genehmigungen für die Wareneinfuhr im Monat Februar 1933 nur bis zur Höhe von 50 Proz. in Anspruch genommen werden darf.

Das seit Wiederaufnahme der Bautätigkeit offene Problem des Mietenausgleichs ist demnach im Begriff, in einer Weise gelöst zu werden, die alle Voraussetzungen über den Hausen wirft und dem Willen des Gesetzgebers widerspricht.

Niemand hat damit gerechnet, daß die Mieten für größere und kleinere Wohnungen jemals entgegengesetzten Verlauf nehmen würden. Die Regierung Brüning war nach allen offizialen — objektiv allerdings falschen — Kommentaren zu den Rotverordnungen stets der Meinung, der Wohnungsbedarf sei gedeckt, Mietwucher also unmöglich. Alle diese Voraussetzungen für den größten Teil des Wohnungsbestandes und den schutzbedürftigsten Teil der Mieterschaft haben sich nun noch rechtzeitig vor Ablauf aller Schutzgesetze als hinfällig erwiesen.

Deshalb besteht für die jetzige Regierung die unbedingte Pflicht, das durch die Rotverordnungen geschaffene Recht den veränderten Verhältnissen anzupassen und nur die Wohnungen ab 1. April aus dem Reichsmietens-, Mieterschutz- und Wohnungsmangelgesetz herauszunehmen, die weiteren Schutzes nicht bedürfen. Auf keinen Fall darf eine Regierung, die sich sozial nennen möchte, tatenlos zusehen, daß die Mieter der kleineren Wohnungen mit den Mietausfällen der großen belastet werden und bei dem die Pest des Mietwuchers sich ausbreiten kann.

Solange das Privatkapital den Bedarf an Kleinwohnungen nicht decken kann, solange der Staat den Wohnungsbau droffelt, ist eine freie Mietwirtschaft unmöglich und der Staat zum Eingreifen verpflichtet.

In bester zentraler Lage am Belle-Alliance-Platz 7-8

3 Zimmer u. Küche
6½ „ mit Zubehör
8 „ „ „

sofort preiswert zu vermieten, evtl. auch als Büroräume. Anfragen erbeten an die LINDENHAUS A.-G., Hausverwaltung
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fain-precher: A 7, Dönhoff 5190-15

Neue Nazibluttat in Neufölln

Zwölf Hitlerbanditen überfallen zwei Jungbannerleute — Ein Fünfzehnjähriger lebensgefährlich verletzt

Gestern abend, 8.30 Uhr, sind an der Thomasstraße Ecke Mittelweg auf dem Wege zur Turnhalle zwei junge Reichsbannerkameraden von etwa 12 bis 14 Nazis überfallen worden. Beide wurden verletzt, der eine, namens Frenzel, wurde mit mehreren Messerstichen in das Rückenmark verletzt. Er ist durch Lungenschüsse so schwer verletzt, daß sein Zustand hoffnungslos ist. Frenzel ist 15 Jahre alt.

Endlich!

Bekennnis nach dem Morde

Der „Vorwärts“ hat bereits mehrfach auf die freundliche Duldung nationalsozialistischer Gewalttaten durch die offizielle deutschnationale Parteipresse hingewiesen. Besonders der für die „kleinen Leute“ des rechtsstehenden Spielertums bestimmte „Lokalanzeiger“ leistet im Vertuschen der planmäßigen Ueberfälle von Nationalsozialisten auf ihre politischen Gegner Erhebliches. Selbst der Raubmord an den deutschnationalen Gutspächter und Stahlhelmführer Steinicke im Kreise Randow durch Stettiner SA-Leute wurde im „Lokalanzeiger“ durch die Wiedergabe einer Erklärung der Gauleitung der NSDAP, beschönigt, nach der die Bandenräuber und Mörder der NSDAP nicht mehr angehören sollten.

Erst jetzt, nachdem Hugenberg sein Beileidstelegramm an die Witwe des Ermordeten veröffentlicht hat, entschließt sich das Hugenberg-Blatt zu dieser leisen Rüge der braunen Mordgesellen:

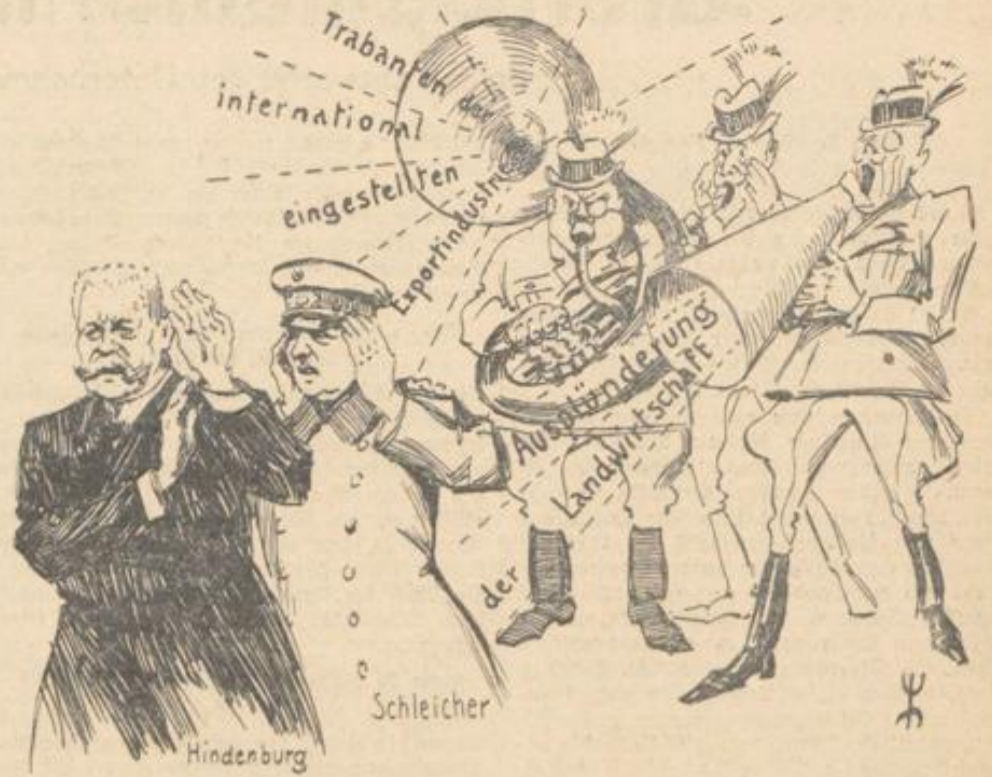
„Wir berichteten kürzlich über die Ermordung des deutschen Nationalsozialisten im Kreise Randow (Pomm.). Steinicke wurde, wie uns ergänzend mitgeteilt wird, als er seinen Gutsarbeitern Löhne auszahlte, von maskierten Räubern überfallen und erschossen. Nach kurzem Kranklager ist der Unschuldigste seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Täter waren zunächst unerkannt entkommen. Erst acht Tage später gelang es der Stettiner Polizei, sie zu ermitteln. Sie stammen aus Stettin, gehören sämtlich der NSDAP an und sind nach den bei ihnen gefundenen Papieren Mitglieder der SA-Stürme 11 und 24 in Stettin.“

Es verdient festgehalten zu werden, daß in einer offiziellen Erklärung der Nationalsozialisten, die die Mörder von sich abzuschütteln suchen, nicht ein einziges Wort der Verurteilung des verabscheuungswürdigen Verbrechens, dem ein deutschnationaler Führer zum Opfer fiel, enthalten ist.“

Es „genügt festzustellen“, daß das Hugenberg-Blatt für geistig Arme mehrere Tage gebraucht hat, um „ergänzend mitzuteilen“, was bereits seit Tagen bekannt war. Und daß es auch jetzt noch nur ganz leise die Führung der NSDAP, zu tadeln magte, die mit dreifacher Stirn jede Gewalttat ihrer Anhänger zu decken oder abzustreiten sucht.

Das Pommersche Naziblatt wälzt inzwischen die Erfindung von den „marxistischen Spiegeln“ mit dreifacher Balje aus. An verlogenen Ausreden waren diese braunen Brüder nie arm.

Die Agrarier schreien...



„Wir sind ja einiges Geschrei der Herren gewohnt, aber — was zuviel ist, ist zuviel!“

Hitler und Straßer

Eine Unterredung in Lippe

Die Reichsausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet: „Am Donnerstag hat, wie wir erfahren, in Lippe eine Zusammenkunft Adolf Hitlers mit Gregor Straßer stattgefunden.“

Die Unterredung, die erste Aussprache nach dem „Arrest“ Straßers vor Weihnachten, sollte dem Verfaßten dienen, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die seinerzeit wegen der Haltung der NSDAP zur Regierungsfrage ausgebrochen waren. Ueber den Erfolg dieses Versuches wird von nationalsozialistischer Seite vorläufig nichts mitgeteilt.“

„Nationale“ Versammlungsschlacht

Halle, 12. Januar.

Die deutschnationale Freiheitsbewegung hatte am Donnerstagsabend eine Versammlung einberufen, in der Reichsführer Reinhold Müller und der ehemalige nationalsozialistische Propagandaleiter von Westfalen, Ostau, Iprecht teilnahmen.

Die Versammlung, die vorwiegend von

Nationalsozialisten besucht war, verlief von Anfang an äußerst stürmisch.

Als Ostau im Verlauf seiner Rede behauptete, SA und Stahlhelm hätten sich in der Zeit nach dem 13. August an Deutschlands Ostgrenze herumgedrückt, brach ein Entrüstungssturm der nationalsozialistischen Versammlungsteilnehmer los.

Es entstand eine allgemeine Prügelei. Die Polizei griff ein und löste die Versammlung auf. Als sie versuchte, den Saal zu räumen, wurde sie mit Biergläsern, Ufchbedern und anderen Wurfgeschossen bombardiert.

Die Polizei besetzte mit gezogener Pistole die Tribüne und erzwang schließlich von dort aus die Räumung des Saales. Mehrere Personen wurden verletzt, davon drei schwer.

Gowjet-Probleme

Die schlechte Arbeitsdisziplin

Moskau, 12. Januar.

In der Entschließung, die das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU faßte, lautet ein Punkt folgendermaßen: „Der zweite Fünfjahresplan wird ein Fünfjahresplan der technischen Einordnung neuer Betriebe, ein Fünfjahresplan der organisatorischen Festigung der industriellen Werke und der Landkollektive sein.“

In dem Bericht Molotoffs sind als Beispiele angeführt: Neue Ausrüstungen für Kohlenförderung sind unausgenutzt in den Traktorenfabriken, moderne Werkzeugmaschinen liegen ungenutzt.

Schädigung und Bruch neuerster feuerfester Mechanismen erreichen höchst bedeutende Ausmaße.

Die ersten 50 Autos aus der Autofabrik in Gorki sind nicht gelungen, usw.

Molotoffs Bericht warf auch neues Licht auf die oppositionelle Bewegung in der Partei. Molotoff zufolge sagte Sinowjew, einstmaliger Vorsitzender der Dritten Internationale, folgendes aus: „Nach meinen Eindrücken unterliegt ein ziemlich bedeutender Teil der Parteigenossen der gefährlichen Idee, man müsse den Rückzug antreten, einen Rückzug irgendwohin. Es herrscht die unbestimmte Idee der Rückzugsnotwendigkeit vor.“ Molotoff meint, dies sei tatsächlich die Ansicht der Opposition gewesen, der im Auslande Trotzki zustimme.

Es ist kein Wunder, daß Bauern von gestern heute noch nicht Spezialarbeiter sein können, auch mit Maschinen und Material noch nicht fachgemäß und sparsam umgehen. Je länger die Leute in der Industrie arbeiten, desto weniger wird über solche Schädigung der Gesamtheit zu klagen sein.

20 neue Tote in Spanien

Furchtbares Blutbad in einem Dorfe

Madrid, 12. Januar.

Nach einer Meldung der Zeitung „Ahora“ ist es am Mittwoch in dem kleinen Dorfe Casasviejas (Provinz Cadix) zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und anarchistischen Elementen gekommen. Diese hatten sich in einem Gebäude verschanzt, an dessen Fassade sie den Leichnam eines Polizisten befestigt hatten. Die Polizei ging mit Maschinengewehren und Bomben gegen den Zufluchtsort der Anarchisten vor und konnte sich schließlich seiner bemächtigen. Die Zahl der Toten wird mit etwa zwanzig, die der Verletzten mit etwa dreißig angegeben.

Internationale Sozialpolitik

Eine Reihe von Staatsverträgen über Sozialversicherung

Der Reichstag stimmte am Donnerstag einer Reihe von Gesetzesentwürfen über Verträge zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich zunächst um einen Gesetzentwurf zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik, worin die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den einzelnen Sozialversicherungen wie Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, und Knappschaftsversicherungen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Gleichberechtigung geregelt werden. Angehörigen des anderen Staates wird grundsätzlich die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des eigenen Staates zugesichert. Eine Doppelversicherung, wie sie insbesondere bei den Bewohnern der Grenzgebiete möglich sei, wird vermieden. Ein gleichfalls angenommener Gesetzesentwurf über einen Vertrag zwischen Deutschland und Polen begründet in ähnlicher Weise das allgemeine Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen der deutschen und der polnischen Sozialversicherung, das den Angehörigen beider Staaten zugute kommt.

Auch einem deutsch-französischen Abkommen stimmte der Reichstag zu, das in gleicher Weise die Gegenseitigkeit zwischen der deutschen und der französischen Sozialversicherung gewährleistet. Diese Regelung war jedoch nur möglich unter der Bedingung der Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auch auf das Saargebiet, weil viele der beteiligten Arbeitnehmer auch Versicherungszeiten im Saargebiet zurückgelegt haben. Die Regierungskommission des Saargebietes ist daher, wie der Berichterstatter mitteilt, dem Abkommen beigetreten, so daß versicherungsmäßig eine volle Freizügigkeit zwischen Deutschland und Frankreich auch für das Saargebiet besteht. In einzelnen Punkten bedürfte es für diesen Vertrag noch gemeinsamer Ausführungsbestimmungen, die besonderen ergänzenden Vereinbarungen vorbehalten seien.

Der Staatsgerichtshof

Schließlich bestimmte der Reichstag noch die von ihm zu benennenden fünf Beisitzer und fünf Stell-

vertreter für die Kammer des Staatsgerichtshofs, vor der eventuelle Anklagen gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und Reichsminister durchzuführen sind. Unter den vom Reichsrat benannten Persönlichkeiten seien der Präsident des Kammergerichts Tigges, der Kieler Universitätsprofessor Dr. Boehlich-Hefster, der Heidelberger Staatsrechtler Anschütz und der Senatspräsident am sächsischen Oberverwaltungsgericht Gebhardt-Dresden erwähnt. Weitere fünf Beisitzer und fünf Stellvertreter hat der Reichstag zu benennen.

Tom Mann wird nicht begnadigt. Der Zeitung des englischen Arbeiterführers Sansbury für die Freilassung des anlässlich der Hungermarchen greifen Kommunistenführers Tom Mann ist ergebnislos. Der Innenminister hat endgültig abgelehnt, Tom Mann zu begnadigen.

China flagt Völkerbund an

Passivität hat Japan ermutigt

Genf, 12. Januar.

Der chinesische Ministerpräsident Wangsinwei veröffentlicht durch die hiesige chinesische Abordnung eine in ungewöhnlich heftigem Ton gehaltene Erklärung. Er macht dem Völkerbund den schweren Vorwurf, durch seine passive Haltung nicht nur

sein eigenes Ansehen aufs schwerste geschädigt,

sondern auch hierdurch die japanische Angriffspolitik ermöglicht zu haben. Die japanische Politik richte sich gegenwärtig ausschließlich darauf, jedes Vorgehen des Völkerbundes zu durchkreuzen und gleichzeitig unerbittlich das Angriffsprogramm gegen China durchzuführen in der Hoffnung, daß der Völkerbund als das höchste Tribunal des Friedens in jeder einzelnen Etappe die vollendete durch militärische Mittel geschaffene Tatsache anerkennen werde.

Der japanische Angriff auf Schanghai am 2. Januar sei bewußt schon jetzt erfolgt, weil der 19er Ausschuß des Völkerbundes erst am 16. Januar zusammentrat. China sei daher gezwungen, bis zum äußersten seine nationale Existenz und sein Gebiet zu verteidigen. Japan sei fortlaufend eine tiefe Mißachtung des Völkerbundes. Falls der Völkerbund nicht sofort wirksame Maßnahmen zur endgültigen Regelung des japanisch-chinesischen Streits ergreife, so werde der Völkerbund nicht mehr seinen ursprünglichen Zielen entsprechen und werde sich damit für die Zukunft unfähig erklären, einen Staat zur Vernunft zu bringen. Das chinesische Volk sei wie ein Mann entschlossen, einen erbarmungslosen Kampf im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit zu beginnen.

Nach englischen Mitteilungen sollen ferner der chinesische Ministerpräsident, der kürzlich zum Botschafter ernannte chinesische Gesandte beim Völkerbund, Gen, und der chinesische Gesandte in London, telegraphisch die Rankinger Regierung aufgefordert haben, unverzüglich alle militärischen Mittel zur Wiedereroberung von Schanghai anzuergreifen.

Man kann nur jedes Wort des chinesischen Ministerpräsidenten unterschreiben. Seine Vorwürfe richteten sich allerdings nicht so sehr gegen den Völkerbund als solchen, wie gegen die Großmächte, die die Politik in Genf bestimmen und die das angegriffene China bisher schmächtig im Stiche gelassen haben. Gegen diese skandalöse Passivität, an der die deutsche Diplomatie mitschuldig ist, richtet sich bekanntlich die scharfe Interpellation, die zu Beginn dieser Woche von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebracht worden ist.

Vor Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai

London, 12. Januar.

Die Reuter aus Schanghai meldet, soll heute in Gegenwart eines englischen Marineoffiziers eine Zusammenkunft chinesischer und japanischer Vertreter in Tschingwangtau stattgefunden haben, deren Ziel es war, die Form zu beraten, unter der offizielle Verhandlungen über einen Waffenstillstand für die Zone von Schanghai eingeleitet werden könnten.

Chinesischer Protest bei England und Amerika

Schanghai, 12. Januar.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der chinesische Außenminister am Donnerstag der britischen und der amerikanischen Gesandtschaft eine Note zugestellt hat, in der die chinesische Regierung gegen die Verletzung des Boxer-Protokolls durch Japan protestiert. Die Verletzung des Boxer-Protokolls wird darin erblickt, daß die Japaner die Mukden-Weling-Eisenbahn zu Truppentransporten benutzt haben, um Schanghai anzuerobern.

Gemäß § 17 unseres Organisationsstatuts vom 28. April 1929 berufen wir hiermit einen

Außerordentl. Bezirksparteitag

für Sonnabend, den 4. Februar, ab 16 Uhr, und Sonntag, den 5. Februar, ab 9 Uhr, nach dem Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, ein.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Reichsparteitag. 2. Wahl der Delegierten.

Anträge sowie die Namen der Delegierten müssen bis spätestens 24. Januar dem Bezirkssekretariat eingereicht werden.

Referent wird noch bekanntgegeben. Bezirksvorstand Berlin.

Arbeitszeitkampf in Genf

Spliedt antwortet den Unternehmern

Eigener Bericht des „Vormärts“

Genf, 12. Januar.

In der Aussprache über die 40-Stunden-Woche lehnte am Donnerstag der italienische Unternehmervertreter Olivetti die Arbeitszeitverkürzung ab.

Für die Arbeitergruppe sprach am Nachmittag Spliedt-Deutschland, der unter starkem Beifall in auferst wirkungsvoller Weise besonders die soziale Seite des Arbeitszeitproblems aufrollte.

Die Konferenz dürfe nicht auseinandergehen, ohne eine Grundlage für die Teillösung des Arbeitsproblems zu finden. Niemand zweifle daran, daß die technische Entwicklung große Arbeitermassen freigesetzt habe. In Deutschland schätze man die Zahl von 1925 bis 1932 auf mindestens eine Million, wobei die kleineren Betriebe und das Handwerk noch gar nicht erfasst seien. Im September 1932 seien 1648 Kilogramm Kohle pro Mann und Tag gefördert worden gegen 1271 Kilogramm im Jahre 1929. Selbst in der Depression sei die Technisierung und Rationalisierung nicht aufgehalten, sondern gerade der Ertragswert pro Mann und Schicht gewaltig gesteigert worden.

Nach ohne Maschinen werde der Leistungseffekt des Arbeiters durch Vereinfachung des Arbeitsvorganges stark erhöht.

Das sei gerade das Neue an der zu meisternsten Entwicklung. Die Produktionsmittelindustrie sei

viel stärker entwickelt worden als die Verbrauchsindustrie. Daraus habe sich das Mißverhältnis ergeben. Es müsse wieder ein Ausgleich zwischen beiden Industrien geschaffen werden. Dazu komme die Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung, aus der immer mehr Menschen zur Arbeit drängten.

„Wissen denn die Unternehmer einen besseren Weg aus der Krise

als die Arbeitszeitverkürzung?“ rief Spliedt schließlich der Versammlung zu. Die Wirtschaftskonferenz in London nütze allein auch nichts, wenn immer wieder festgestellt werden müsse, daß so und so viele Menschen überflüssig seien. „Sollen wir den Menschen zugrunde gehen lassen, bis wir zu einer besseren Konjunktur kommen? Denken Sie an die Jugend aller Länder, die durch die Arbeitslosigkeit verwüstet wird! Man dürfe nicht zusehen und sagen, es sei keine Lösung da.

wenn 30 Millionen Menschen keine Arbeit finden.

Es müsse einfach eine Lösung gefunden werden. Könne man nicht den Produktionsprozeß mit der Verteilung in Einklang bringen, dann bliebe eben nur die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf möglichst viele Menschen. Das sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Falls denn eine geringe Verteuerung durch die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt ins Gewicht, wenn es gelte, das größte

Uebel aufzuhalten? Diese Verteuerung sei nur eine kleine Versicherungsgebühr gegen das furchtbare Erdbeben, das der Industrie aller Länder bevorstehe. Als die Väter der gegenwärtigen Generation gegen den 12- und 14-Stundentag gekämpft hätten und als diese Generation selbst für den 12-Stundentag gekämpft habe, da hätte man immer wieder ihnen und der gegenwärtigen Generation entgegengerufen, die Wirtschaft gehe zugrunde.

Aus der Verkürzung der Arbeitszeit kommt der Fortschritt für die Menschheit.

Es dürfe kein Zweig des Arbeitslebens ausgeschlossen werden. Die Industrie könne sich sehr rasch einstellen auf die 40-Stunden-Woche, wie sich praktisch in Deutschland in vielen Fällen schon gezeigt habe. Ein Aufstieg sei nicht möglich, wenn jede aufsteigende Tendenz, wie in letzter Zeit in der deutschen Textilindustrie, aufgefangen werde durch verlängerte Arbeitszeit. Die Kaufkraft des Arbeiters dürfe um keinen Preis absinken.

Aber warum scheuen die Arbeitgeber die kleine Lohnerhöhung so sehr? In dem Maße, in dem die Löhne gesunken seien, sei gleichzeitig auch die Arbeitszeit gestiegen. Das Kaufkraftprinzip sei das richtige. Könnte man sich endlich freimachen von der Idee der Lohnsenkung bei der Lösung des Problems, so käme man sofort weiter. Ueber eines müsse sich die Konferenz verstehen, sie dürfe nicht ohne ein Ergebnis auseinandergehen.

Konkurrenz der Küstenstädte durch Hungerlöhne schlagen zu wollen. Der Lohn von 47 Pf. für die Stunde sei schon so gering, daß er auf keinen Fall mehr aus Konkurrenzgründen gesenkt werden dürfe. Daß es sich bei dem Stilllegungsantrag in der Hauptsache um ein Druckmittel gegen die streikende Belegschaft handelt, zeigte sich darin, daß sich die Firma zur Zurücknahme ihres Antrags bereit erklärte, wenn sich der Gesamtverband mit einer Herabsetzung der Stundenlöhne um 4 Pf. abfinden und die Gewerbeaufsichtsbehörde bei den zuständigen Stellen dafür einlegen würde, daß auch der Firma Mortensen günstigere Beförderungsbedingungen für ihre Produkte auf der Reichsbahn eingeräumt werden.

Die Streikenden haben die konsequente Stellungnahme des Vertreters des Gesamtverbandes einmütig gebilligt. Sie sind nach wie vor fest entschlossen, ihren Kampf so lange zu führen, bis die Firmenleitung ihr Lohnabbau-diktat zurückgenommen hat.

Abbau! Abbau!

Die Bankangestellten sollen von neuem den Hungerriemen enger schnüren. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mittels, wurde eine außerordentliche Generalversammlung des Beamtenversicherungsbereichs für das deutsche Bank- und Bankiergewerbe, der Pensionskasse des Bankgewerbes, durch den Aufsichtsrat beschloffen. Gegenstand der Beratungen der außerordentlichen Generalversammlung, die am 26. Februar stattfinden wird, sollen die Leistungskürzungen sein, die gegen den lebhaften Widerspruch der Angestelltenvertreter im Aufsichtsrat von dessen Mehrheit im November beschloffen wurden.

Der Angestelltenrat, die in ihrer großen Mehrheit im Beamtenversicherungsbereich für ihr Alter und gegen Berufsunfähigkeit versichert ist, hat sich starke Erregung bemächtigt, nachdem das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung trotz einer glänzenden Vermögenslage von circa 165 Millionen bei einem Versicherungsbestand von 58 000 den Leistungskürzungen seine Zustimmung erteilt hat.

Sie haben genug...

Die Betriebsräte der Berliner Gaswerke Hermann Kolbow und Paul Reichardt, die als Mitglieber der Kommunistischen Partei Bezirksverordnete in den Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg waren, sind aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen; sie haben ihre Mandate niedergelegt.

Die Berliner Gaswerke sollten seinerzeit während des Reichsstreiks „streikfrei“ gemacht werden. Die Betriebsräte der Gaswerke hatten also Gelegenheit, ganz unmittelbar den verbrecherischen Charakter der kommunistischen Gewerkschaftspolitik kennen zu lernen.

Die Wahrheit über den B.B.G.-Streik markiert in der Berliner Gewerkschaftsbewegung. Sie markiert trotz aller Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen der Nazi-Rosi-Sammelbüchsen-Einheitsfront.

Das Zeitungsaustragepersonal der Verlage Wittke, Scherl, Rolke, Vorwärts wird hingewiesen auf eine wichtige Veranstaltung des Gesamtverbandes am Sonntag, 16. Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Alle organisierten Zeitungsausträger und -austrägerinnen haben die Pflicht, ihre unorganisierten Kollegen auf diese Veranstaltung hinzuzuführen.

Hierzu 2 Beilagen

Konflikt bei Wschinger

Ein vierter Lohnabbau?

In der Zentrale der Wschinger A.-G. droht ein erneuter Konflikt auszubrechen.

Der Lohnvertrag für die dort beschäftigten Handwerker, Hilfsarbeiter und das Fahrpersonal war zum 31. Dezember gekündigt worden. Die Wschinger A.-G. verlangte einen Abbau der Löhne bis zu 4 1/2 Proz., obwohl bereits im Laufe des vorigen Jahres die Löhne in der Wschinger-Zentrale dreimal abgebaut worden sind, und zwar bis zu 20 Proz. bei einzelnen Gruppen.

Der Belegschaft der Zentrale der Wschinger A.-G. hat sich wegen dieser Forderung eine ungeheure Empörung bemächtigt, die auch durchaus berechtigt ist. Die Löhne der Handwerker, Hilfsarbeiter und des Fahrpersonals liegen bereits unter den Löhnen in den gleichartigen Betrieben Berlins. So ist z. B. der Lohn der Konditoren in der Wschinger-Zentrale um 1 Mark wöchentlich niedriger als im übrigen Berliner Konditorengewerbe. Die Löhne der Kraftfahrer der Wschinger-Zentrale sind teilweise bis zu 14 Mark pro Woche niedriger als in den verschiedenen Branchen der Berliner Nahrungsmittelindustrie. Der Tariflohn für gelernte Arbeiter in Höhe von 49 Mark steht auch nur auf dem Papier, denn ein erheblicher Teil der Belegschaft der Wschinger-Zentrale arbeitet schon seit langer Zeit nur fünf Tage in der Woche.

Ueber die Lohnabbauforderung ist bereits zweimal verhandelt worden. Die Vertreter der Wschinger A.-G. bestehen auf dem Lohnabbau, der angeblich durch die Kostlage des Betriebes erforderlich geworden sei. Die Unterhändler der Gewerkschaften aber lehnen jeden Lohnabbau entschieden ab. Sie haben auch in der letzten Verhandlung am Mittwoch wieder darauf hingewiesen, daß die Wschinger A.-G. gegen-

über anderen gewirtschaftlichen Unternehmungen den großen Vorteil habe, daß sie das meiste von ihnen zum Verkauf angebotenen Waren selbst herstelle und daher die Verdienstspanne des Großhandels für sich verbuchen könne.

In der Verhandlung am Mittwoch gelang es den Gewerkschaftsvertretern immerhin, die unveränderte Verlängerung des Lohnvertrages bis zum 31. Januar zu erreichen. Man hat die Vertreter der Wschinger A.-G. darüber nicht im unklaren gelassen, daß es nach Ablauf des Lohnvertrages zu einem schweren Konflikt kommen muß, wenn die Abbauforderung nicht zurückgezogen wird. Die gut organisierten Handwerker, Hilfsarbeiter, Kraftfahrer und Kutscher der Wschinger-Zentrale sind jedenfalls nicht gewillt, die Kosten der Expansionspolitik der Wschinger A.-G. noch weiter zu tragen und fest entschlossen, gegen jeden Lohnabbau das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden.

Die Lehrlinge im B.M.Z.

In dem Streit zwischen der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und dem Verband Berliner Metallindustrieller (B.M.Z.) über die tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse, über den wir am Sonntag ausführlich berichteten, ist am Mittwoch vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt worden. Nach mehrstündigen Auseinandersetzungen kamen die Parteien überein, in verschiedenen Betrieben Erhebungen anzustellen über die Entlohnung und den Urlaub der Lehrlinge im allgemeinen sowie über die Akkordarbeit der Lehrlinge im letzten Lehrjahr. Nach Abschluß dieser betrieblichen Erhebungen sollen die Verhandlungen über den eventuellen Abschluß eines Tarifvertrages für die Lehrlinge in den B.M.Z.-Betrieben vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden.

Streikflieg in Dünkirchen

Paris, 12. Januar.

Der Hafenarbeiterstreik in Dünkirchen ist beendet. Die Einigung, die vor kurzem schon in greifbarer Nähe lag, schließlich aber doch scheiterte, ist am Donnerstagvormittag auf der Grundlage eines Tagelohns von 30 Franken zustande gekommen. Die Arbeiter nehmen die Arbeit am Freitagmorgen wieder auf. Das Abkommen wurde am Donnerstagmorgen von den beiden Parteien bereits unterzeichnet.

Der Kampf bei Mortensen

Die Verhandlungen über den Stilllegungsantrag der Fischmarinieranstalt E. A. Mortensen in der Straßender Straße im Norden Berlins haben den Beweis erbracht, daß dieser Antrag nur ein Schreckschuß für die Belegschaft sein soll, die seit dem 2. Januar gegen ein Lohnabbau-diktat der Firmenleitung unter Führung des Gesamtverbandes im Streik steht.

Dem zuständigen Gewerberat und dem Gewerkschaftsvertreter gegenüber wurde von der Firmenleitung erklärt, daß sie den Stilllegungsantrag gestellt habe, weil sie gegenüber der Konkurrenz in den Küstenstädten nicht mehr bestehen könne. Den gleichartigen Betrieben in den Küstenstädten sei von der Reichsbahn ein Sondertarif eingeräumt worden, der es z. B. gestatte, marinierte Fischwaren von Hamburg nach München billiger zu befördern als von Berlin aus. Hingzu komme weiter, daß in Berlin der Lohn für die Arbeiterinnen um 4 Pf. höher sei als in den Küstenstädten und der Berliner Betrieb steuerlich höher belastet werde als die Konkurrenzbetriebe in Norddeutschland.

Vom Gewerkschaftsvertreter wurde demgegenüber betont, daß es nicht angehen könne, die

Der „Vormärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Abonnements: Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ / Bezugspreis: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Mk. (beim 37 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar, Postversand 3,97 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühr, und 72 Pf. Postgebühren. Zusatzaufschlag 5,90 Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 4,60 Mk. Bei Abbruch der Lieferung wegen höherer Gewalt behält die Zeitung der Abonnenten auf Ersatz. Anzeigenpreise: Die einpaltige Mittelzeile 30 Pf., Kleinanzeige 1,50 Mk. „Reizlos anzeigen“ das Freitagbeilage Wort 20 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Werts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Mittelzeile 25 Pf., Familienanzeigen Mittelzeile 16 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einblatt 3 wochentäglich von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht annehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandewahl; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Herbert Vesper; Fotos und Zeichnungen: Fritz Kerschke; Anzeigen: Otto Drogatz; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Socovarts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Hindenburgstr. 2.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Sowelt Vorrat. Zusendung von 5 M an. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch

Kalbsbrust u. Rück. Pfd. 0.42
Kalbskeule o. Haxe. Pfd. 0.58
Kalbsroulade. Pfd. 0.68
Kalbskotlett. Pfd. 0.68
Ochsen-Suppenfleisch 0.42
Ochsen-Schmorfleisch 0.68
Hammel-Vorderfleisch 0.54
Lammrücken. Pfd. 0.68
Kalber frisch geschl. Pfd. 0.68
Schwainsschinken Pfd. 0.70
Schweinehaxe, Schuff. 0.70
Fr. Rinderzunge ... Pfd. 0.68
Fr. Blut- u. Leberw. Pfd. 0.48

Kalbskamm
u. Haxe,
(b: 5 Pfd.) Pfd. **32 Pf.**

Fische

Schellfisch gr. Fische. an 0.20
Kabeljau gr. Fische Pfd. an 0.22
Rotbars gr. Fische Pfd. an 0.26
Fischfilet. Pfd. an 0.35
Frische Bleie. .3 Pfd. an 0.25
Grüne Heringe 3 Pfd. an 0.35
Leb. Aalquappen Pfd. an 0.44
Lebende Schlei Pfd. an 0.44
Leb. Spiegelkarpfen an 0.54
geräucher
Makrelbücklinge. Pfd. 0.22
Spottent Kiste an 0.20 Pfd. 0.22
Fleckerlinge. Pfd. 0.38
Spickaaale. Pfd. an 1.20
Bundeale ... Bund an 0.20
Fetteringe. .3 Dosen an 0.95
Lachs in Stücken. Pfd. an 1.20

Obst u. Gemüse

Kaliforn. Bir. en. ... Pfd. 0.28
Musapfel groß. ... 2 Pfd. 0.35
Amerik. Äpfel. ... 3 Pfd. 0.58
Apfelsinen. 3 Pfd. 0.38
Jas. orangen. ... 3 Pfd. 0.55
Mandarinen. 3 Pfd. 0.55
Bananen. Pfd. 0.24
Zitronen. Duzd. 0.28
Rot- u. Weißkohl 3 Pfd. 0.10
Wirsingkohl. Pfd. 0.04
Möhren gewaschen. Pfd. 0.04
Märk. Rübchen. ... 4 Pfd. 0.15
Sellerie. 3 Pfd. 0.20
Zwiebeln. 3 Pfd. 0.20
Rosenkohl. 2 Pfd. 0.35
Blumenkohl. Kopf an 0.20

Wurst

Blut-, Leber-, Süßwurst 0.56
Dampf- u. Fleischwurst 0.74
Landleber- u. Jagdwurst 0.84
Mettw. (Br. Art) Pfd. 0.80 0.92
Speckkase. Pfd. 0.76 mager 0.90

Käse u. Fett

Camembert vollf. 0.25 % 0.58
Harzerkäse 1-Pfd.-Pak. 0.24
Frühstückskäse 5 Stck. 0.28
Blockkäse 30 % ... Pfd. 0.45
Limburger Pfd. 0.38 vollf. 0.68
Bratenschmalz. Pfd. 0.48
Margarine. 3 Pfd. 0.74
Kokostett. 3 Pfd. 0.88
Molkereibutter Pfd. 0.98 1.10

Konserven

Junge Schnittbohnen. 1/2 Dose 0.42
Gem. Gemüse V 0.62 mf. 0.88
Erbsen fein. 0.88
Erdbeeren. 0.90
Konfitüre. 1/2 Eimer 0.98

Kolonialwaren

Grüne Erbsen 0.24 pol. 0.38
Weizenmehl. ... Pfd. 0.18 0.21
Br.-Reis 0.11 Tafel 0.12 0.18
Aprikos., Pfirsiche getr. 0.38

Wein

31 Hainf. Kappellenberg 0.75
20 N. tteiler Riesling. 0.90
29 Edigerer Sonnenseit 1.35
Johannisbeer 0.75 5 Ltr. 3.50

Puten
gefroren Pfd. an **48 Pf.**
frisch *Pfd. von an **58 Pf.**

Geflügel, Wild

Ung. Mastenten. Pfd. an 0.64
Suppenhühner. Pfd. an 0.58
Fr. Brathühner. ... Pfd. an 0.78
Gänse. Pfd. an 0.64
Hasen (gegr. u. ausgez.) an 0.48
Hirschblatt. Pfd. an 0.54
Wildschwein. Pfd. an 0.54
Rehblat. Pfd. an 0.58
Wildragout. Pfd. an 0.24
Schneehühner. ... Stück 1.38
Fasanen. Stück an 1.95

Inventur-Verkauf nur noch heute und morgen!

Beginn 2. Januar

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von Sigurd Christiansen

Eine Art scheues Mitgefühl ergriff Berger. Und er fragte: „Also deshalb dieser heutige Abend?“

Ragnos nickte. „Ja“, antwortete er. „Und weil ich es nicht länger ertragen kann. Anfangs war es doch noch anders. Da dachte ich, wir gehörten zusammen, weil uns beide dasselbe Schicksal getroffen hatte — wenn auch in ganz verschiedener Weise.“ — Er sah Berger forschend an. „Ich will Sie nicht beleidigen.“

Berger schüttelte hilflos den Kopf. „Ich verstehe Sie. Und auch das andere verstehe ich.“

Ragnos sah ihn unverwandt an. „Auch daß ich die Tat begehen konnte?“

Da aber wehrte Berger energisch ab. „Nein, nein!“ rief er. „Sie sind doch ein ordentlicher und anständiger Mensch.“

Wieder blickte Ragnos zu Boden und in seinem Gesicht suchte er. „Das waren wir alle beide“, sagte er. „Das ist ja gerade das Furchtbare.“

Nach einer kurzen Stille fragte Berger: „Wer war der andre?“

Ragnos schüttelte den Kopf. „Sie wollen mir das nicht sagen?“

Die Antwort war wieder ein Kopfschütteln. Da fragte Berger mit einer Stimme voll bangen Murren:

„Habe ich ihn getannt?“

„Nein, Sie haben ihn nur zweimal im Leben gesehen.“

„Wann war das zweite Mal?“

„Im Krankenhaus.“

„Im Krankenhaus?“

Ragnos zögerte und sah dann auf. „Entsinnen Sie sich“, fragte er, „eines arg jugendlichen Kadlers, der ins Krankenhaus gebracht wurde zum Waschen und Verbinden?“

Berger dachte schnell nach. — „Ja“, sagte er. „Der war's?“

„Ja. — Er mußte sich ja eine Erklärung beschaffen für die Wunde, die Lädenfenster ihm beibrachte.“

Berger starrte ihn einen Augenblick verblüfft an. „Das verstehe ich nicht“, sagte er. „Er hatte doch in der Tat ein zerstückeltes Rad?“

Ragnos gab den Blick des anderen unruhig und nervös zurück. „Ja“, antwortete er. „Aber er tat es absichtlich. Er stürzte mitten in der Stadt mit dem Rad, um Augenzeugen zu haben.“ Erschüttert von der Erinnerung, wandte er sich und ging in seiner furchtbaren Erregung an das Fenster. Berger sah ihm von Grauen überwältigt nach.

„Erzählen Sie weiter“, bat er, „alles, alles.“

Und Ragnos antwortete, ohne seine rastlose Wanderung zu unterbrechen: „Lassen Sie mich erst ein wenig zur Ruhe kommen. — Das ist ja die Hölle.“

Und Berger wartete still und geduldig. Er fühlte sich wie gelähmt und hatte ein Gefühl, als wäre sein Körper mund, wie von einem heftigen Stoß oder Fall.

Das ist also das Wunder, worauf ich gewartet habe, dachte er. Mein Gott, mein Gott — wenn du es doch wieder zurücknehmen wolltest!

5.

Allmählich beruhigte Ragnos sich soweit, daß er weiterprechen konnte. Er setzte sich auf seinen alten Platz, den Tisch zwischen sich und Berger und den Kopf in die rechte Hand gestützt.

Seine Stimme war jetzt wieder fest, fast kühl, aber er sah nicht auf.

„Ich will ganz von vorn anfangen“, sagte er. „Der Anfang ist nämlich nicht der Heberfall selbst, sondern der Grund zum Heberfall. Das, was uns dazu trieb. Ursprünglich waren wir nämlich, wie Sie sagten, ordentliche, anständige Menschen — Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, die haben für Sie kein Interesse. Ich weiß, Sie wollen nur von dem

einen hören, aber trotzdem muß auch dies erklärt werden.“

Er sah plötzlich auf. „Nicht um uns zu entschuldigen“, sagte er. „Aber es ist allenfalls eine Erklärung.“

Berger nickte kurz, krankhaft gespannt auf das Entscheidende. Und Ragnos fuhr fort, äußerlich kühl und beherrscht, aber doch in tiefstem Aufruhr und unter innerstem Widerstreben:

„Wir hatten zusammen spekuliert“, sagte er. „Wir hatten uns früher hier in Oslo kennengelernt, und nachdem ich weggezogen war, kamen wir wöchentlich mindestens einmal zusammen. — Wir spekulierten also, und wie

Wann war es?

Technische und wissenschaftliche Jubiläen im Jahre 1933

„Wer die Entdeckung der Luftballone miterlebt hat, wird ein Zeugnis geben, welche Weltbewegung daraus entstand, welcher Anteil die Luftschiffer begleitete, welche Sehnsucht in so viel tausend Gemütern hernordrang.“ So begeistert schrieb Goethe über den Geburtstag der Luftschiffahrt. Im Jahre 1783, also vor 150 Jahren, ließen die Papierfabrikanten Montgolfier ihren mit warmen Luft gefüllten Ballon auf dem Schloßhof zu Versailles aufsteigen. Die ersten drei „Passagiere“, ein Schaf, ein Hahn und eine Ente, kamen wieder heil zu Boden, und von ihrem Reut angepörrt, magte sich vier Wochen später ein Herr de Rozier als erster Mensch in die Gondel. Noch im gleichen Jahre versuchte Professor Charles sich mit einem Wasserstoffballon in die Höhe zu erheben.

Genau 100 Jahre später, also vor 30 Jahren, war der Geburtstag des ersten Motorflugzeugs, mit dem die Gebrüder Wright in Amerika starteten. Ihr erster Flug dauerte nur 12 Sekunden, aber bei dem vierten Versuch legten sie schon eine Strecke von 260 Meter zurück. Ihr Motor mit seinen 16 PS war ein Zwerg gegen die modernen Maschinen. Jahrelang hatten die beiden zu kämpfen, bevor man sie ernst nahm. Noch im Jahre 1905, wo sie bereits die größten Erfolge erzielten, ging man soweit, sie in Umprägung des Wortes „die fliegenden Brüder“ — die „liegenden Brüder“ zu nennen. Der Prophet gilt weder im eigenen Land noch für die eigene Zeit... allerdings nur in der Technik und Wissenschaft, nicht immer in der Politik.

Und was war vor 100 Jahren? Nicht weniger als der Geburtstag des ersten Telegraphen nach dem Prinzip des Fernschreibers von Gauß und Weber. Ihre Drähte zogen sie vom physikalischen Institut zu Göttingen — teilweise über die Dächer hinweg — nach dem Observatorium der Sternwarte. Gauß erkannte sofort die Bedeutung dieser Versuche und schrieb an den Astronomen Olbers: „Ich bin überzeugt, daß unter Anwendung von hinlänglich starken Drähten auf diese Weise auf einen Schlag von Göttingen nach Hannover oder von Hannover nach Bremen telegraphiert werden könnte.“ Vier Jahre später wurde die erste Telegraphenleitung zwischen München und Bogenhausen angelegt.

Fast 70 Jahre nach den Versuchen von Gauß und Weber sollte es dauern, bis das erste gefunkte Wort durch die Atmosphäre des Erdballs lief. Im Dezember des Jahres 1902 sah Marconi in seiner Holzhütte neben dem Sendemast und schickte jede Nacht seine drei Punkte, den Buchstaben „S“, über den Atlantik. Am 18. Dezember traf bei Marconi das Kabelwort „Hello!“ ein, das verabredete Wort, wenn das „S“ drüben angekommen war. Im Jahre 1903, vor 30 Jahren, trat bereits die erste internationale Konferenz für Funktelegraphie zusammen und im gleichen Jahre wurden die neuesten Weltereignisse dem Dampfer „Minneapolis“ gefunkt, um

die meisten andern verloren wir selbstverständlich. Nicht nur was wir selbst befehlen verloren wir, auch andere schwebende Summen, die im Grunde niemand besaß, weil sie nie existiert hatten. Das Schlimme war: Wir verloren Geld, das andern gehörte. Wir hatten Kassen zu verwalten, ich bei der Bank und er in einem privaten Geschäft. Und nun gingen wir an, von der Kasse zu borgen, vorsichtig und im Kleinen, um wieder oben auf zu kommen. Am Ende aber sahen wir da mit einem Defizit von etwa zwanzigtausend Kronen. — Da kriegten wir es im Ernst mit der Angst. Wir pumpten, wo wir nur konnten, und gaben das Spekulieren auf. Aber was half das? In jenem Herbst, als es geschah, hatten wir ein gemeinsames Defizit von zwölftausend Kronen, das wir ein und derselben Kasse entnommen hatte, nämlich der feinen, weil es ihm leichter fiel, das falsche Spiel zu verschleiern und eine Entdeckung zu vermeiden. So konnte das jedoch nicht weitergehen. Eines Tages mußte über uns und die unsrigen die Katastrophe hereinbrechen. Wir waren beide aus angesehenen, leider aber unbemittelten Familien. Je mehr sich das Jahr seinem Abschluß näherte, desto mehr wuchs unsere Angst. Wir muhten darauf gefaßt sein, daß der Neujahrsabschluss uns entlarven werde. Gerichtsverfahren und Gefängnis

schienen unvermeidlich. Und nun können Sie vielleicht begreifen, warum wir diesen irrsinnigen Ausweg wählten. Wir sahen keinen andern, und unsere moralische Urteils- und Widerstandskraft war — das sehe ich jetzt vollkommen ein — außer Funktion gesetzt. Auch sie war an der Angst erkrankt.“

Er sah lange schweigend, ohne aufzusehen. In seinem Gesicht malte sich die Bitternis der Erinnerung.

Berger rühte unruhig auf seinem Stuhl hin und her.

„Ja, aber das Postamt?“ fragte er. „Warum suchten Sie sich denn gerade das Postamt aus?“

Ragnos zögerte ein wenig mit der Antwort.

„Daran war eigentlich ein Zufall schuld“, sagte er. „Ein Zufall, der Ihnen tächerlich scheinen mag. Wir lasen nämlich in der Zeitung, in Kopenhagen habe ein Mann, um sich Geld zum Heiraten zu verschaffen, eine Postfiliale gekümdert. Er war am helllichten Tage ohne weiteres mit dem Revolver in der Faust auf der Post erschienen und hatte das Personal gezwungen, ihm die Kasse auszuliefern. Als er dies erreicht hatte, war er ganz ruhig seines Weges gegangen.“

„Er wurde aber doch erbeutet?“

(Fortsetzung folgt.)

Zehn Jahre später — es war die wichtigste Epoche der bakteriologischen Entdeckungen — veröffentlichte Emil von Behring sein Diphtherieserum. Im Jahre 1895 wurde die Serumbehandlung eingeführt und rettete 45 000 Menschen pro Jahr in Deutschland das Leben.

Ein 50jähriges Jubiläum feiert in diesem Jahr die Elektronentheorie von H. A. Lorentz, die die Grundlagen der modernen Atomtheorie schuf.

Ein für die Technik und besonders für die Gegenwart wichtiges Datum ist die Konstruktion des Dieselmotors vor 40 Jahren. Der Münchener Ingenieur Diesel durfte den Triumph seiner Erfindung nicht mehr erleben: er ertrank 1913 auf der Heberfahrt von Antwerpen nach Harwich kurz vor seinem Tode setzte er seinen Motor in eine Lokomotive — und 20 Jahre später roste ein mit Dieselmotor angetriebener Eisenbahnzug von Berlin nach Hamburg.

Zum Schluß noch ein Blick auf die 20jährigen Jubiläen. Im Jahre 1913 erschien von Einstein „Die Grundlage der allgemeinen Relativitätstheorie“, eine Schrift, die mit Spott aufgenommen wurde, aber bald unser ganzes Weltbild aus den Angeln hob und die alte Physik wie ein Kartenhaus umwarf. Als Einstein zehn Jahre später seine Vorträge hielt, wurde er von deutschen Studenten mit Gelächter und Beschimpfungen empfangen.

Im Jahre 1913 entdeckte der Engländer Röntgen die Röntgenstrahlung, sein Landsmann Bragg untersuchte im gleichen Jahr als erster die Kristallstruktur mittels Röntgenstrahlen und Riets Bohr schuf die wichtigsten Grundlagen für die Atomtheorie, indem er mit Hilfe von Plancks Quantentheorie die Bahnen und Geschwindigkeiten der Elektronen um den Kern berechnete.

mit der ersten „Nordzeitung“ die Fahrgröße zu erreichen.

A propos Zeitung. Im Jahre 1863, also vor 70 Jahren, erhielt der Amerikaner William Bullock ein Patent auf die erste brauchbare Rotationspresse zum Buchdruck auf endloses Papier. Die „New York Sun“ war die erste Zeitung, die auf diese Weise hergestellt wurde, also aus Papierrollen hervorging, nach dem gleichen Prinzip wie heute.

Jene erste Presse konnte zwar in der Stunde 16 Kilometer Papier beiderseitig bedrucken, aber neben unseren modernen Rotationspressen war sie noch recht primitiv. Vor allem fehlte es an einer schneltrocknenden Druckerwärme. Während Bullock an den Verbesserungen seiner Maschine arbeitete, erlitt er ein Nierenleiden, und bei diesem Unglücksfall wurde er ein tragisches Opfer seines Berufes.

Vor Bullocks Erfindung konnte die schnellste Zehnzylinderpresse 10 000 vollständige Zeitungen in der Stunde ausdrucken, heute gibt es Maschinen, die 100 000 Seiten einer 64 Seiten starken Zeitung in derselben Zeit setz und fertig dem lesehungrigen Publikum liefern.

Vor 50 Jahren, im Jahre 1883, entdeckte Robert Koch, der Begründer der modernen Bakteriologie, den Kommabazillus der Cholera, jenen furchtbaren Feind der Menschheit, der von 1831 bis 1892 Europa heimfuchte. In Berlin, wo die Seuche 1831 am heftigsten wütete, fiel ihr unter anderen der Philosoph Hegel zum Opfer.

Bilderbücher für Erwachsene

Wer kennt sie nicht, und, so er sie kennt, wer schätzte sie nicht, die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, an denen Theodor Fontane nahezu 40 Jahre lang gearbeitet hat, um von seiner geliebten Heimat zu reden, die er geographisch und historisch durchforscht hatte wie kaum ein anderer. In seiner schlichten kernigen Art, in einfacher, eindringlicher, plastischer Sprache erzählt er von Dörfern und Städten, Kirchen und Klöstern, Herrensitzen und Denkmälern in anmutiger Verquickung des Landschaftlichen und Geschichtlichen. Sagen aus der Wanderzeit stehen neben reizvollen Schilderungen des Spreewaldes etwa, des Scharnüßel, Scharnüßel, Zermüßel und vieler anderer; Telgel gibt Gelegenheit, sich der Humboldts zu erinnern, Ruppitz und Rheinsberg, des zweiten Friedrich zu gedenken. Mag auch unser Interesse an den Hohenzollern und den lesebucdhellen Epochen ihres Erdwandels recht gering geworden sein, Fontanes Buch enthält immer noch eine Fülle des Wissenswerten und Anregenden für jeden, der an blauen Sommertagen sich in des heiligen Römischen Reiches tieferüberhöchster Strenzbüchle zu ergehen wünscht. Dem Atlantis-Verlag, Berlin,

gebührt das Verdienst, die wertvollsten der fünf Bände umfassenden „Brandenburgischen Wanderungen“ ausgewählt und in einem Band als Volksausgabe zum Preise von 3,75 Mark herausgebracht zu haben. Nicht weniger als 125 Tiefdruckbilder, durchweg Meisterwerke moderner Lichtbildkunst, die zum größten Teil von Hartmann stammen, schmücken das Werk und reden eindringlicher noch als die Verse des alten Fontane von der stillen verhaltenen Schönheit der geliebten Landschaft an der Havel.

Ein anderes Bilderbuch für Erwachsene heißt „Zwischen Süde und Eismeer“ (Hesse u. Becker in Leipzig), weniger klassisch freilich: Bernhard Schneider hat vier Jack-London-Texte zusammengestellt, Kurzgeschichten und geeignete Kapitel aus größeren Werken. Und hat sie zum Teil sehr reizvoll bebildert. Segelschiffe in fernen Ozeanen, Traumstädte, Eis- und Tropenmeere, Südseeinseln und Südseeinsularinnen sind wirksame Staffage für all die Abenteuer zwischen beiden Polen, nach denen sich die braven Europäer dreinend sehnen — um schließlich doch nur in die Traumfabriken zu spazieren und ihre Sehnsucht von der Paramount, der Ufa oder Foxfilm preiswert befriedigen zu lassen. Woher denn auch die Bilder dieses Buches größtenteils stammen.

Tag und Nacht - Winter wie Sommer - ein Hautpflege-Mittel: Creme Mouson!

